

## Jahresbericht 2022



Verleihung des Henry-Mathews-Preis

*Humankind is able to create new conditions, a new reality. We are not fated to swim forever among the realities that are here now. ... Everything that is worthwhile in human civilization has not only originated from but has been inspired by dreams, by imagination.*

*- Pramoedya Ananta Toer -*

# Inhalt

|                                                         |    |
|---------------------------------------------------------|----|
| Menschenrechte, Demokratie und Umwelt im Überblick..... | 4  |
| Der Verein und seine Ziele.....                         | 19 |
| Auf einen Blick: Aktivitäten in 2022.....               | 27 |
| Wen wir erreicht haben.....                             | 38 |
| Was wir erreicht haben.....                             | 39 |
| Querschnittsthemen.....                                 | 41 |
| Wem wir danken.....                                     | 41 |

Der vorliegende Jahresbericht wurde von der Geschäftsführung mit Unterstützung einiger Mitarbeiter:innen und Ehrenamtlichen von Watch Indonesia! e.V erstellt.

# Indonesien und Timor-Leste

## 2022

### Menschenrechte, Demokratie und Umwelt im Überblick

Eine Reihe von bedeutsamen Ereignissen prägten 2022 das politische Geschehen sowie die Wahrnehmung Indonesiens – auch auf der internationalen Ebene. Im Januar genehmigte das Parlament den Bau der neuen Hauptstadt. Mit dem Namen Nusantara soll sie in Ost-Kalimantan auf dem indonesischen Teil der Insel Borneo entstehen. Im November fungierte Indonesien als Gastgeber des G20-Gipfels und der vierte Zyklus der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung Indonesiens durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen fand statt. Nach mehr als zehn Jahren Ringen von Frauenrechtsgruppen, verabschiedete das Parlament das Gesetz gegen sexuelle Gewalt. Im Kontrast dazu erfolgte im Dezember die Verabschiedung des umstrittenen neuen Strafgesetzbuch. Es wird Ende 2025 in Kraft treten. Im Juli beschloss das Repräsentantenhaus Indonesiens (MPR) die Aufteilung Westpapas in fünf Provinzen. Eine durch den übermäßigen und von Polizeigewalt begleiteten Tränengaseinsatz ausgelöste Massenpanik im Kanjuruhan-Stadion von Malang bei der über 130 Menschen zu Tode kamen sorgte im Oktober für Entsetzen.

In Timor-Leste stellten die Präsidentschaftswahlen einen Meilenstein dar. Die Parlamentswahlen sind für 2023 vorgesehen. Trotz der vorhergehenden Rivalitäten und immer noch im Zeichen der Covid-Krise stehend, verliefen die Präsidentschaftswahlen bei denen Ramos Horta in einer Stichwahl als Gewinner hervorging, (internationalen) Beobachter:innen zufolge frei und fair. Wenngleich Timor-Leste mittlerweile oftmals als Leuchtturm unter den jungen Demokratien beschrieben wird, erschweren von der Vergangenheit des Befreiungskampfes geprägte Lagerkämpfe und hierarchische Gesellschaftsentwürfe, die das Doppelerbe der portugiesischen Kolonialherrschaft und der indonesischen Besatzung (1975-1999) im Gepäck tragen, nach wie vor, insbesondere Frauen und jungen Menschen, ihr demokratisches Potenzial zu realisieren.

Bisher hat jede indonesische Regierung eine umfassende und vor allem juristische Aufarbeitung der während der Besatzung Timor-Lestes begangenen Menschenrechtsverletzungen abgelehnt. Die politische Führung Timor-Lestes unterdessen verfolgte weiterhin eine Schlussstrich-Politik und darüber hinaus. Im August 2022 ehrte der wenige Monate zuvor gewählte Präsident José Ramos-Horta den indonesischen Ex-General Hendropriyono, der unter dem Verdacht steht schwere Menschenrechtsverletzungen auch in Osttimor begangen zu haben, für seinen „Beitrag zu nationalem Frieden und Stabilität.“ Unterdessen kämpfen die Opfer und Überlebenden der während der indonesischen Besatzungszeit verübten Gräueltaten weiterhin um Anerkennung und Wiedergutmachung. Weibliche Überlebende, darunter Überlebende politischer sexualisierter Gewalt, sind darüber hinaus bis heute mit vielschichtigen Formen von Diskriminierung konfrontiert.

In Indonesien setzte die Regierung Joko Widodo den Kurs des beschleunigten Wirtschaftswachstums ungebrochen fort. Im Zusammenspiel mit den vorherrschenden von wirtschaftlichen und Machtinteressen

geleiteten politischen Rahmenbedingungen, gerieten Menschenrechte sowie Umwelt- und Klimaschutz wie schon in den Vorjahren weiterhin zunehmend ins Hintertreffen. Zu den persistierenden demokratie- und menschenrechtspolitischen Problemstellungen gehören die Bedrohung der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, politische Korruption wie auch die übermäßige Gewaltanwendung durch Sicherheitskräfte bei Protesten. Letzteres, tritt im Zusammenhang mit Infrastruktur- und Bergbauprojekten sowie dem Westpapua-Konflikt besonders massiv zu Tage. Weiterhin stellen mangelnde Rechtssicherheit, Diskriminierung von religiösen Minderheiten, LGBTQI+ und Frauen die Zivilgesellschaft vor ernsthafte Herausforderungen. Insgesamt sah das Jahr 2022 die Fortsetzung des Sicherheitsansatzes in Bezug auf Westpapua, die Perpetuierung von Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen, die Missachtung von Menschenrechts- und Umweltstandards sowie die politische Schwächung von Lokalregierungen, insbesondere in Papua.

## Indonesien

Die seit spätestens 2019 beobachtbare Entwicklung, Wirtschaftswachstum vor Menschenrechte und Umwelt- sowie Klimaschutz zu stellen, wirkte 2022 ungebrochen fort. Auf Joko Widodos Pfad der Modernisierung und Entwicklung entfalten sich autoritäre Muster der Politikgestaltung in allen staatlichen Organen. Diese kommen in so unterschiedlichen Arenen wie Umwelt- und Klimaschutz, Infrastrukturprogrammen, Transitional Justice, den Rechten von Indigenen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen oder dem Umgang mit den Unabhängigkeitsbestrebungen Westpapas zur Geltung. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Regierungszusammensetzung – einer Auswahl aus einem breiten Spektrum von politischen Parteien, Dynastien, dem Militär und Wirtschaftseliten – ist diese Politikgestaltung mit einer zunehmenden Militarisierung und der wachsenden politischen Bedeutung von Oligarchien und Eliten unterfüttert.

## Governance

Bürgerliche Freiheiten, zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume wie auch international verbriefte Mitspracherechte wie sie etwa im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte oder den FPIC-Kriterien<sup>1</sup> festgehalten sind, erfuhren weitere Einschränkungen. Die politische wie auch zivile Rolle der Streitkräfte wurde weiter gestärkt. Gleichzeitig gerieten die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Rechte marginalisierter Bevölkerungsgruppen 2022 weiter unter Druck. Anhänger:innen religiöser Minderheiten, Menschenrechts- und Umweltverteidiger:innen, LGBTQI+ sowie papuanische Unabhängigkeitsbefürworter:innen und Zivilist:innen im Konfliktgebiet erlebten auch 2022 schwere Verletzungen ihrer Rechte.

Korruption ist in den nationalen und lokalen Parlamenten, im öffentlichen Dienst, in der Justiz und bei der Polizei nach wie vor weit verbreitet – Tendenz: steigend. Im Jahr 2022 erreichte Indonesien auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International 34 von 100 Punkten und liegt damit auf Platz 110 von 180 untersuchten Ländern. Gegenüber dem Vorjahr ist der Wert um 4 Punkte gesunken (2021: 38/100). Dies ist der drastischste Rückgang seit 1995.<sup>2</sup> Diese erneute Verschlechterung bewerten Anti-Korruptionsexpert:innen als Ergebnis eines mangelnden Engagements und Willens seitens der Regierung Joko Widodos, Korruption wirklich zu beenden. Neben der institutionellen Schwächung der Antikorruptionsbehörde 2020 und 2021, trägt die 2019 erfolgte Gesetzesnovelle, die die Arbeit der

---

1 Die freie, vorherige und auf Kenntnis der Sachlage gegründete Zustimmung (Free, Prior, and Informed Consent - FPIC) ist ein spezifisches Recht, das den indigenen Bevölkerungen im Einklang mit ihrem allgemeinen Recht der Selbstbestimmung in der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) zugestanden wird. Indonesien ist Unterzeichner der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP).

2 Vgl. <https://ti.or.id/corruption-perceptions-index-2022/>.

Antikorruptionsbehörde regelt zu dieser Entwicklung bei. Die Novelle stärkte den Aspekt der Prävention gegenüber dem der Strafverfolgung. Die Regierung indessen vertritt die Auffassung, dass sich ihre Strategie zur Bekämpfung der Korruption durch wirksame Prävention in einer Reihe von Anti-Korruptionsprogrammen und sogar im Gesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen (Omnibusgesetz) spiegelt. Der strafrechtliche Umgang mit Korruption stand 2022 weiterhin in der Kritik von politischen Interessen geleitet zu sein. Im September 2022 entließ das Ministerium für Recht und Menschenrechte in einer von Aktivist:innen und der Antikorruptionsbehörde (KPK) kritisierten Entscheidung, 23 wegen Bestechung verurteilte Personen auf Bewährung.

Das im Dezember verabschiedete neue Strafgesetzbuch unterläuft trotz der nach seiner aufgrund von heftigen Protesten erfolgten Änderungen des Entwurfs, etliche, der in über zwei Jahrzehnten hart erkämpften Fortschritte zum Schutz von Menschenrechten und Grundfreiheiten. Einige Passagen widersprechen zudem internationalem Recht. Die Wiedereinführung von Bestimmungen, die die Beleidigungen des Präsidenten und des Vizepräsidenten, der amtierenden Regierung sowie von staatlichen Institutionen unter Strafe stellen, stellen einen weiteren Baustein für die Bedrohung der Meinungs- und Pressefreiheit dar. Nicht zuletzt aufgrund von unklaren Formulierungen, tritt damit, neben dem Informationstransaktionsgesetz ein weiteres Instrument in Erscheinung, mit dem es möglich ist, friedlichen Dissens zu kriminalisieren.

Auch 2022 sorgte die indonesische Regierung nicht ausreichend dafür, dass Unternehmen die Gesetze zum Schutz der Landrechte sowie die Umweltgesetze einhalten und ihren Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten. Umweltschützer:innen und Betroffene Gemeinden beklagen, dass es die indonesischen Behörden v.a. Palmöl- und Bergbauunternehmen zu leicht machen, Umweltschäden zu verursachen ohne die Rechte von lokalen Gemeinschaften, Indigenen oder die ökologischen Folgen zu achten. Die Grundrechte, Lebenszusammenhänge und -grundlagen indigener Bevölkerungsgruppen standen vor diesem Hintergrund auch 2022 vielfältigen von Strafflosigkeit und Rechtsunsicherheit geprägten Bedrohungen gegenüber. In Indonesien leben etwa 50 bis 70 Millionen indigene Menschen in über 2.330 indigenen Gemeinschaften. Die meisten indigenen Gemeinschaften sind aufgrund inadäquater rechtlicher Bestimmungen und deren mangelhafte Umsetzung rechtlich nicht anerkannt. Große indonesische Unternehmen holzen ohne oder mit fragwürdigen Genehmigungen weiterhin straflos alte Wälder ab – meist für Ölpalmpflanzungen oder zur Ausbeutung von Bodenschätzen.

## Menschenrechte

Vom 7. bis 18. November 2022 fand die allgemeine regelmäßigen Überprüfung Indonesiens durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen statt. Indonesien erhielt 269 Handlungsempfehlungen, 49 mehr als im letzten Zyklus. Fünfzig Prozent bezogen sich auf „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ (Sustainable Development Goal – SDG 16), sechzehn Prozent auf Geschlechtergleichheit (SDG 5) und zehn Prozent auf „Weniger Ungleichheiten“ (SDG 10). Die Bereiche bürgerliche und politische Rechte, rechtliche und allgemeine Rahmenbedingungen der Implementierung, Frauenrechte und die Rechte spezifischer Gruppen und Personen nahmen dabei den größten Raum ein.

Indonesische Menschenrechtsgruppen kritisierten, dass die Empfehlungen die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (OP-ICCPR), das ein Moratorium für die Todesstrafe vorsieht, vernachlässigt haben. Ebenso wenig ausreichend zur Sprache gekommen seien die Entsendung eines Sonderberichterstatters nach Papua zur unabhängigen Untersuchungen von Fällen von Gewalt und Folter, die Ratifizierung des Römischen Statuts des

Internationalen Strafgerichtshofs sowie die Aufhebung von Artikel 27 Absatz 3 des Informations- und elektronischen Transaktionsgesetzes (ITE) in Bezug auf Verleumdung.<sup>3</sup>

## Frauen

Indonesischen Frauen- und Menschenrechtsgruppen monieren die weiterhin nur schleppende Erfüllung der von Indonesien bereits in den 1980er Jahren ratifizierten VN-Frauenrechtskonvention CEDAW (Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau / Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women). Die Proliferation diskriminierender Vorschriften im Namen von Moral und Religion schreitet voran, Rechts- und Verfahrenssicherheit in Fällen sexualisierter und häuslicher Gewalt sind selten gewährleistet und die Verabschiedung wichtiger Gesetze, die die Rechte von Frauen stärken würden unterliegen der Verzögerung. Gleichzeitig blieb die Anzahl der gemeldeten Fälle von Gewalt gegen Frauen auch nach der COVID-Krise auf einem hohen Niveau wobei die Fälle der von Polizei- und Militärangehörigen ausgeübten geschlechtsspezifischen Gewalt sowie solche, die im Zusammenhang mit Landkonflikten, Konflikten um natürliche Ressourcen oder in Bezug auf Religionsfreiheit stehen, kontinuierlich ansteigen.<sup>4</sup>

In den meisten Provinzen Indonesiens sowie in Dutzenden Städten und Bezirken gelten diskriminierende Bekleidungsvorschriften für Frauen und Mädchen, allen voran die Vorschrift den Kopf und den Brustbereich zu verhüllen, also einen *Jilbab* (arab. *Hijab*) zu tragen. Human Rights Watch hat dokumentiert, dass Mädchen und Frauen landesweit schikaniert und von Arbeitgeber:innen, Verwaltungen, Leitungen von Bildungseinrichtungen u.v.a unter Druck gesetzt werden, einen *Jilbab* zu tragen. Auch 2022 wurden Mädchen, die sich nicht an diese Vorschriften hielten sowohl von privaten als auch von staatlichen Schulen verwiesen oder unter Druck gesetzt, sich zurückzuziehen. Beamtinnen, darunter Lehrerinnen und Universitätsdozentinnen verloren ihren Job oder kündigten selbst, weil sie dem Druck nicht standhalten konnten. Human Rights Watch berichtet ebenso, dass häufig auch christliche, hinduistische, buddhistische und andere nichtmuslimische Schüler:innen und Lehrer:innen dazu genötigt werden, einen *Jilbab* zu tragen.

Als Sieg für die Rechte von Frauen indessen, kann die offizielle Beendigung der sog. „Jungfräulichkeitstests“ von Frauen im Rahmen des Rekrutierungsprozesses der indonesischen Streitkräfte gewertet werden. Ebenso die Verabschiedung des Gesetzes gegen sexuelle Gewalt (RUU TPKS) im Mai kann als Meilenstein für die Rechte von Frauen betrachtet werden. Frauenrechtsorganisationen und ihre Unterstützer:innen haben rund zehn Jahre darum gekämpft. Vor allem rechtskonservative islamische Kräfte hatten die im Gesetzestext verwendete Definition von sexueller Gewalt als Verkörperung „liberaler“ Werte und damit Förderung von „abweichendem“ sexuellen Verhalten in Szene gesetzt.

Die Verabschiedung des Hausangestelltengesetzes indessen lässt auf sich warten.

Darüber hinaus benachteiligt das neue Strafgesetz Frauen in Hohem Maße. Er enthält Klauseln, die den Zugang zu sexueller Gesundheitsversorgung, Aufklärung, Empfängnisverhütung und Familienplanung einschränken. Die enthaltene Kriminalisierung von nicht- und außerehelichem Sex sowie des Zusammenlebens von Nicht-Verheirateten erhöht die rechtliche Vulnerabilität von weiblichen Gewaltopfern erheblich. Überlebende von Übergriffen können leicht des Ehebruchs beschuldigt werden, wenn sie sich gegen nicht einvernehmliche sexuelle Handlungen aussprechen.

---

3 Artikel 27 Absatz 3 des ITE-Gesetzes verbietet es, „elektronische Informationen und/oder Dokumente, die beleidigende oder verleumderische Inhalte enthalten, absichtlich zu verbreiten, zu übertragen oder zugänglich zu machen“. Als Gummieparaphrasis kritisiert, wird dieser häufig in der Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen, Umweltschützer:innen und in Zusammenhang mit Blasphemieklagen eingesetzt.

4 Vgl. Catatan Tahunan Komnas Perempuan Tahun 2023, Kekerasan terhadap Perempuan di Ranah Publik dan Negara: Minimnya Pelindungan dan Pemulihan, 7. März 2023; <https://komnasperempuan.go.id/download-file/949>

## *Sexuelle Orientierung & Geschlechtsidentität*

Die Kriminalisierung „normabweichender“ sexueller Orientierung und Geschlechtsidentifizierung sowie die Diskriminierung von und Gewalt gegen LGBTIQ+ blieb auch 2022 alltäglich. Die in Jakarta ansässige Organisation Arus Pelangi zählt 48 Vorschriften, die sich gegen LGBTIQ+-Menschen richten. Dazu gehören das Anti-Pornografie-Gesetz aus dem Jahr 2008, das Homosexualität als "abweichende sexuelle Praxis" einstuft sowie eine Reihe von Regionalverordnungen und die Sharia-Gesetzgebung in Aceh.

Der Staat schützt ihre individuellen verfassungsmäßigen Rechte auf Unversehrtheit, Rechtssicherheit und Freiheit von Diskriminierung nicht in ausreichendem Maße. Im Gegenteil, politische Leitfiguren und Behörden schürten entsprechende Ressentiments auch 2022 immer wieder. So sagte der Vizepräsident Ma'ruf Amin in einer Rede vor muslimischen Lehrer:innen und Gelehrten, dass LGBTQ-Personen ein "abweichendes Verhalten" an den Tag legen, das verboten werden solle.

Arus Pelangi berichtet zudem von einem kontinuierlichen Anstieg der Gewalttaten und Behördenwillkür gegen LGBTIQ+ während der letzten drei Jahre. Willkürliche Verhaftungen und Gewalt in Polizeigewahrsam gehören dazu. Am 1. August erzwang die Polizei in Makassar die Auflösung einer Versammlung von etwa 30 Transgender-Frauen. Die Polizei in Sambas, West-Kalimantan, löste am 7. September eine Transgender-Modenschau auf. Rodrigo Ventocilla Ventosilla, ein Transgender-Mann aus Peru, der als Tourist nach Bali gereist war, starb am 11. August in Polizeigewahrsam, nachdem er mutmaßlich von der Polizei misshandelt und diskriminiert worden war.<sup>5</sup>

Das im Dezember verabschiedete neue Strafgesetz liefert einen weiteren Baustein für die Kriminalisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Es bestraft nicht- und außerehelichen Sex mit bis zu einem Jahr Gefängnis oder einer Geldstrafe und das Zusammenleben Unverheirateter mit bis zu sechs Monaten oder einer Geldstrafe. Bei verheirateten Personen ist eine Anzeige des Ehemanns oder der Ehefrau, bei nicht verheirateten Personen der Eltern oder der Kinder erforderlich, damit die Beteiligten strafrechtlich verfolgt werden können. Da gleichgeschlechtliche Paare kein Recht auf Eheschließung haben, sind sie so automatisch einem erhöhten Risiko der Strafverfolgung ausgesetzt.

## *Religions- und Glaubensfreiheit*

Religiöse Minderheiten sind nach wie vor mit diskriminierenden Vorschriften, darunter das Blasphemiegesetz von 1965 und die so genannte Verordnung über die religiöse Harmonie konfrontiert. Letztere, erschwerte es Minderheiten, Gotteshäuser zu errichten. Dies umfasst nicht-sunnitische Minderheiten (Ahmadiyah, Schiiten) sowie nicht-muslimische Minderheiten (Christentum, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus sowie Anhänger:innen lokaler Religionen wie Sunda Wiwitan).

Auch 2022 waren Gottesdienste und andere religiöse Aktivitäten sowie Anhänger:innen kleinerer Glaubensgemeinschaften wie die Zeugen Jehovas und lokaler Glaubensrichtungen wie Kejawen und Sunda Wiwitan von Diskriminierung unterschiedlichen Ausmaßes betroffen. Die Regierung unternahm zudem wenig, um Angriffe militanter islamischer Gruppen gegen religiöse Minderheiten zu stoppen oder Angreifer:innen für Rechtsverletzungen und die Zerstörung von Gotteshäusern zur Verantwortung zu ziehen.

Im Berichtsjahr kam es ebenfalls immer wieder zur Einschränkung der Meinungsfreiheit in Bezug auf Religion. Einer von vielen Fällen ist die Verurteilung von Muhammad Kace, einem ehemaligen muslimischen Geistlichen, der 2014 zum Christentum konvertierte wegen Blasphemie gegenüber des Islam zu zehn Jahren Gefängnis. Kaces mutmaßliches Verbrechen bestand darin, YouTube-Videos zu erstellen, in

---

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.hrw.org/world-report/2023/country-chapters/indonesia>.



denen er seinen früheren Glauben kritisiert haben soll. Beschwerden über die Lautstärke von Moschee-Lautsprecher führten auch 2022 zu einer Reihe von Verurteilungen und Diffamierungskampagnen.

Das Blasphemiekapitel im neuen Strafgesetz wurde um fünf auf sechs Artikel erweitert, allerdings mit einer kürzeren Höchststrafe von nunmehr drei Jahren Freiheitsentzug. Es enthält zudem erstmals einen Artikel, der das Verlassen einer Religions- oder Glaubenszugehörigkeit (Apostasie) unter Strafe stellt. Ferner kann jede Person, die versucht, eine andere davon zu überzeugen, nicht an eine Religion oder Weltanschauung zu glauben, strafrechtlich verfolgt und inhaftiert werden. All dies stellt einen schweren Rückschlag für den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit dar und steht dem weltweiten Trend, Blasphemiegesetze entweder nicht durchzusetzen oder sie ganz abzuschaffen eklatant entgegen.

### *Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit*

Das Erbe massiver Menschenrechtsverletzungen wirkt sich bis heute auf die Politikgestaltung und das Leben zahlreicher Menschen aus, vor allem das der Überlebenden und Hinterbliebenen. Seit Jahrzehnten stellt staatlich geförderte oder gedeckte Gewalt ein gravierendes Menschenrechtsproblem dar, das durch Rechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte, gewalttätiger extremistischer Gruppen und großer Wirtschaftsunternehmen, die um natürliche Ressourcen konkurrieren, verstärkt wird. Anhaltende Straflosigkeit kennzeichnet die Situation. Die Regierung entfernte sich auch 2022 kontinuierlich von ihren Versprechen und ihrer Pflicht, schwere Menschenrechts- und Massenverbrechen anzuerkennen und angemessen aufzuarbeiten.

### *Presse- Meinungs- und Versammlungsfreiheit*

Der Presse- Meinungs- und Versammlungsfreiheit blieb 2022 weiter bedroht. Dies zeigt sich an Demonstrationsverboten und gewaltsamen Niederschlagungen von friedlichen Proteste sowie der physischen und psychologischen Einschüchterung durch Sicherheitskräfte und unbekannte Personen. Hinzu kommen die politische Instrumentalisierung von Gesetzten, insbesondere des Blasphemiegesetzes und des ITE-Gesetzes (Gesetz für elektronische Informationen und Transaktionen, kurz: Informationstransaktionsgesetz), Beschränkungen des Internetzugangs und digitale Angriffe auf Social-Media-Konten und Webseiten. Besonders prägnant ist und bleibt die weitestgehende Straflosigkeit für mutmaßliche Täter:innen, vor allem dann wenn es sich um Polizei- und Militärangehörige handelt, die gleichsam mit zu den signifikantesten Tätergruppen gehören.<sup>6</sup>

Im Fokus der Bedrohung standen Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen sowie Umweltschützer:innen, aber, besonders in Zusammenhang mit dem ITE-Gesetz, in wachsendem Ausmaß auch einfache Bürger:innen.

Die digitale Sphäre stellt eine Arena dar in der ein deutlicher Zuwachs an Einschränkungen der Meinungsfreiheit zu verzeichnen ist. So berichtet SAEFnet (Southeast Asia Freedom of Expression Network)<sup>7</sup> von mindestens 97 Fällen der Kriminalisierung von Meinungsäußerungen im digitalen Bereich – eine Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr. Die Hauptzielgruppe der Kriminalisierung sind politische Aktivist:innen und Studierende. Im März 2022 erfolgte die Anklage der Menschenrechtsverteidiger:innen Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti auf Grundlage des ITE-Gesetzes unter dem umstrittenen Absatz 3 des Artikel 27, nachdem sie im Jahr 2021 wegen der "Verbreitung von Falschinformationen" vom koordinierenden Minister für maritime Angelegenheiten und Investitionen, Luhut Binsar Pandjaitan, angezeigt worden waren. Insgesamt weist 2022 die höchste Zahl von Verurteilungen der vergangenen neun

---

6 Vgl. <https://www.amnesty.org/en/documents/asa21/6013/2022/en/>.

7 Vgl. <https://safenet.or.id/2023/03/the-digital-rights-situation-in-indonesia-had-worsened/>.

Jahre auf. Gleichzeitig kam es 2022 zu mindestens 36 Unterbrechungen des Internetzugangs. Papua ist dabei nach wie vor die Region mit den meisten Unterbrechungen.

Hackerattacken auf Webseiten und Social-Media-Konten sowie die Diffamierung von Journalist:innen und Aktivist:innen auf sozialen Medien blieben auch 2022 fester Bestandteil der Bedrohungskulisse. So wurde der Vorsitzende der *Aliansi Jurnal Independen* (Allianz der unabhängigen Journalisten – AJI), Sasmito Madrim, im Februar Opfer eines Social-Media-Hacks. Mehrere Menschenrechtsverteidiger:innen, darunter die Rechtsexpertin Bivitri Susanti sowie die *Aliansi Mahasiswa Indonesia* (Indonesische Studierendenallianz) waren 2022 ebenfalls Ziel digitaler Angriffe. Im September wurden mindestens 37 Mitglieder des Redaktionsteams des Online-Medienunternehmens *Narasi* Opfer von Hackerangriffen, die vermutlich im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit standen. Die Website von *Narasi* war ebenfalls Gegenstand von DDoS-Angriffen, die von der Drohung "Halt die Klappe oder stirb" begleitet wurden.<sup>8</sup>

### *Engagierte Zivilgesellschaft*

Trotz vieler Widerstände existiert in beiden Ländern eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft. Studien belegen, dass die Bevölkerungsmehrheit in beiden Ländern hinter einer demokratischen Regierungsform steht. Ihre Möglichkeiten, an den entsprechenden Aushandlungsprozessen teilzunehmen und Regierungspolitiken zu beeinflussen, fallen indessen in Indonesien weit hinter ihre Erwartungen und die gemachten Versprechen zurück.

Dennoch weigern sich Menschenrechts- und Demokratieverteidiger:innen, Journalist:innen, Wissenschaftler:innen, indigene Interessenvertreter:innen, Feminist:innen und LGBTIQ+ u.v.a. –, autoritäre Politiken einfach hinzunehmen, seien sie auf der Regierungsebene wirkmächtig oder gesellschaftlich verankert.

Organisationen wie KontraS, Amnesty International Indonesia, SAFEnet oder Arus Pelangi und viele andere, setzen dabei zunehmend auf die Erfassung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Angriffe auf bürgerliche Freiheitsrechte.

Frauenrechtsgruppen geben sich nicht mit kleinen Zugeständnissen, wie dem 2019 nach Protesten erfolgte vorläufigen Aussetzen der Abstimmung über die Strafrechtsreform zufrieden. Sie setzten sich auch 2022 weiter dafür ein, dass das Parlament zwei lang erwartete Gesetze verabschiedet: das Gesetz gegen sexualisierte Gewalt und das Gesetz zum Schutz von Hausangestellten. Gleichzeitig greifen etliche von ihnen z.B. die strukturellen Zusammenhänge von Gewalt gegen Frauen auf und artikulieren ihre Forderungen in einer Vielfalt von Arenen. Im Vordergrund standen 2022 dabei die Proteste und Konsultationsprozesse im Zusammenhang mit der Neufassung des Strafgesetzbuchs, den sog. Jungfrauentests im militärischen Rekrutierungsverfahren und den vielerorts greifenden *Jilbab*-Zwang.

Auch hinsichtlich der zahlreichen Menschenrechtsverstöße in Westpapua schweigt die Zivilgesellschaft nicht. Indigene Papua und ihre Unterstützer:innen in und außerhalb Westpapas treten für die Wahrung und Achtung der Menschenrechte in Westpapua ein. Sie ringen um die umfassende Anerkennung der Papua als Souverän – als legitime, gleichgestellte und gleichberechtigte Bürger:innen. Dafür zahlen sie nicht selten einen hohen Preis.

Hinsichtlich der Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsvergehen und der Verhinderung von künftigen, zeigt sich ebenfalls ein starkes zivilgesellschaftliches Potenzial und Engagement. Menschenrechtsorganisationen wie die „Kommission für Verschwundene und Gewaltopfer (KontraS)“ oder

---

8 Ebd.

Asia Justice and Rights (AJAR) sowie junge Menschenrechtsverteidiger:innen und Aktivist:innen, begeben sich zunehmend auf den Pfad, verkrustete autoritäre Strukturen aufzubrechen und eigene Wege in der Aufarbeitung begangener und Verhinderung künftiger Menschenrechtsvergehen zu beschreiten.

## *Militär*

Die politische und institutionelle Stärkung des Militärs entfaltete sich 2022 ebenso weiter wie sich dessen Zugriff auf zivile Aufgabenbereiche konsolidierte. Menschenrechtsverletzungen durch Militärangehörige wurden unzureichend untersucht oder geahndet und mindestens ein mutmaßlicher Täter erhielt eine staatliche Führungsposition.

Die Kompetenzerweiterung auf zivile Aufgaben hatte Joko Widodo bereits 2019 mit der Präsidialverordnung Nr. 37 zur funktionalen Stellung der TNI (*Tentara Nasional Indonesia*, Nationale Armee Indonesiens) ermöglicht. Sie bildet die rechtliche Grundlage für die Absicherung von Infrastrukturprojekten durch das Militär und dient unter dem Banner der Unterstützung von Entwicklungsaufgaben als eine der Begründungen für die hohe Militärpräsenz in Westpapua.

Sicherheitskräfte standen 2022 erneut im Fokus von Vorwürfen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. In ihrem jährlichen Menschenrechtsbericht dokumentiert die Kommission für Verschwundene und Gewaltopfer (KontraS) 72 Fälle von außergerichtlichen Tötungen durch Polizei und Militär zwischen Dezember 2021 und November 2022. Davon wurden 22 von Militärangehörigen verübt.

Zugleich werden Menschenrechtsverletzungen durch Militärangehörige nur selten umfassend und unter freien Bedingungen untersucht oder angemessen geahndet. Häufig werden die tatsächlichen Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen. Am 8. Dezember sprach der ohnehin nur selten angerufene Menschenrechtsgerichtshof in Makassar, Provinz Süd Sulawesi, einen ehemaligen Militärkommandanten vom Vorwurf der außergerichtlichen Tötung von vier papuanischen Jugendlichen im Jahr 2014 im Bezirk Paniai frei. Sie waren Teilnehmer einer Demonstration gegen Militärgewalt gegen Papuas. Weitere 21 Personen wurden teils schwer verletzt. Es wurde lediglich ein Verdächtiger angeklagt und bis auf zwei, waren alle Zeug:innen ehemalige Militärangehörige. Vorhergehende Untersuchungen der Nationalen Menschenrechtskommission Komnas HAM ergaben allerdings, dass mehr Mitglieder der XVII/Cenderawasih-Militäreinheit das Feuer auf eine Menge indigener Papua eröffnet hatten.

Im Januar wurde der Generalmajor Untung Budiharto, der mutmaßliche Verantwortliche für das Verschwindenlassen von Personen während Suhartos Niedergang in den Jahren 1997 und 1998, zum Kommandeur des Großraums Jakartas ernannt.

## ***Westpapua***

Drei zentrale Ereignisse dominierten das politische Geschehen sowie die Wahrnehmung Westpapas – auch auf der internationalen Ebene: Die durch das im Juli 2021 verabschiedete neue Sonderautonomiegesetz ermöglichte Aufteilung der Provinz West-Papua in drei Provinzen, die Verabschiedung des neuen Strafbuch und die allgemeine regelmäßige Überprüfung Indonesiens durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

Die Behörden hielten den Raum für friedliche Proteste und Versammlungen sowie der Meinungsäußerung in und in Bezug auf Papua auch 2022 weiterhin stark begrenzt. Die Demonstrationsfreiheit ist eingeschränkt und Kritiker:innen von Menschenrechtsvergehen – in- und außerhalb Papuas erfahren politische Verfolgung

oder sehen sich mit Einschüchterungsversuchen durch Sicherheitskräfte oder Unbekannte konfrontiert. Journalist:innen und unabhängigen Beobachter:innen aus anderen Teilen Indonesiens oder dem Ausland, blieb der Zugang zur Region weiterhin verwehrt oder erheblich erschwert.

Im Jahr 2022 kam es erneut zu Rechtsverletzungen in Bezug auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie die Pressefreiheit. Verhaftungen während friedlicher Proteste nahmen ebenso zu wie Demonstrationsverbote und die Drangsalierung von Menschen, die sich für die Wahrung und den Schutz von Rechten einsetzen. Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen/Medien gerieten dabei besonders ins Visier. Die Verabschiedung des reformierten Strafgesetzes im Dezember 2022 weckte Befürchtungen, dass der Raum für freie Meinungsäußerungen in Westpapua künftig noch weiter eingeschränkt werden wird.

Durch Sicherheitskräfte, aber auch durch nicht identifizierbare Täter:innen und Milizen verübte außergerichtliche Tötungen, Einschüchterung, Belästigung und Folter in- und außerhalb von Westpapua prägten damit auch 2022 das Bild. So wurden in Westpapua fünf Vorfälle registriert, bei denen Sicherheitskräfte insgesamt neun Personen töteten. Damit stieg die seit Februar 2018 gemeldete Gesamtzahl der Opfer auf 105 an. Außerhalb Westpapas kam es beispielsweise im Zuge von Demonstrationen für die Abschaffung der Sonderautonomie zu gewalttätigen Übergriffen sowie zur Einschüchterung von politisch aktiven papuanischen Studierenden und Menschenrechtsverteidiger:innen. Einen Höhepunkt stellte dabei der martialische Aufmarsch der nationalistischen Miliz *Laskar Merah-Putih* vor dem Sitz von Amnesty International in Jakarta im März dar. Sie forderten die Auflösung der Organisation und adressierten den Geschäftsführer Usman Hamid gezielt persönlich.<sup>9</sup> Attacken wie diese, reihen sich nahtlos ein in die Chronik von schweren Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger:innen in der Vergangenheit, wie die gegenüber Veronica Komans Familie oder die Kriminalisierung von Fatia Maulidyanti und Haris Azhar.

### *Internationale Aufmerksamkeit*

Unter der Prämisse der nationalen Sicherheit beschränken indonesischen Behörden weiterhin den Zugang von internationalen (Hilfs-)Organisationen und Beobachter:innen sowie Medien zu Westpapua. Im März äußerten drei UN-Sonderberichterstatter:innen öffentlich ernsthafte Besorgnis über die sich verschlechternde Menschenrechtssituation in Westpapua. Sie verwiesen auf Berichte über schwere Menschenrechtsverstöße gegen indigene Papua, darunter die Tötung von Kindern, Verschwindenlassen, Folter und Massenvertreibungen und forderten dringenden humanitären Zugang sowie die Durchführung einer umfassenden und unabhängigen Untersuchung der Gewalt gegen die indigene Bevölkerung. Ein seit langem abgesprochener Besuch des Hochkommissars für Menschenrechte steht allerdings weiter aus.

Am 9. November 2022 begann der vierte Zyklus der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung Indonesiens (Universal Periodic Review, UPR) des UN-Menschenrechtsrats. Insgesamt 108 Mitgliedstaaten gaben mündliche Erklärungen und Empfehlungen dazu ab, wie Indonesien seine Menschenrechtssituation verbessern könnte. Acht Länder erwähnten ausdrücklich die Situation in West Papua: Vanuatu, Australien, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Niederlande, Neuseeland, Kanada, die Marshallinseln und Slowenien. Deutschland fragte im Vorfeld der Sitzung, wann Indonesien plant, den vereinbarten Besuch des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in West-Papua zu realisieren und wie dieser ablaufen solle. Während der Sitzung selbst, fand dies jedoch keinerlei Erwähnung mehr. Auch eine Empfehlung seitens der Bundesregierung blieb aus.<sup>10</sup>

### *Einschränkung politischer Artikulationsmöglichkeiten und Proliferation des Militärs*

---

9 TAPOL, West Papua 2022 - Freedom of Expression and Freedom of Assembly Report. Mai 2023  
[https://www.tapol.org/sites/default/files/West\\_Papua\\_2022\\_Freedom\\_of\\_Expression\\_Assembly\\_Report\\_English.pdf](https://www.tapol.org/sites/default/files/West_Papua_2022_Freedom_of_Expression_Assembly_Report_English.pdf)

10 <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/id-index>

Vor dem Hintergrund der im Juli 2021 gegen den Widerstand eines Großteils der papuanischen Bevölkerung unilateralen Überarbeitung und Verlängerung des Sonderautonomiegesetzes, stieß die ein Jahr später durch sie erst ermöglichte Aufteilung Westpapas in fünf Provinzen (ehemals zwei Provinzen: West-Papua und Papua) ebenfalls auf weite Ablehnung.

Das neue, reformierte Sonderautonomiegesetz von 2021 re-zentralisiert im Wesentlichen politische und finanzielle Kontrolle und schafft die Möglichkeit der politischen Vertretung der indigenen Papuas durch lokale politische Parteien ab. Stattdessen wurde eine Quotenregelung auf der Ebene der kommunalen Legislative sowie ein bevorzugter Zugang zu staatlich finanzierten Programmen eingeführt. Zudem ermächtigt es die Zentralregierung neue Provinzen und Distrikte in Westpapua ohne die Zustimmung des MRP (Volksrat der Provinz Papua) oder der Provinzregierungen auszugliedern. Ebenso bleibt die Aufarbeitung von im Kontext des Konflikts begangenen Menschenrechtsverletzungen ausgeklammert. Von papuanischen politischen Vertreter:innen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen eingebrachte Klauseln in den Gesetzesentwurf, wie die Einrichtung eines Menschenrechtsgerichtshofs für Papua und einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (KKR), wurden nicht berücksichtigt.

Am 30. Juni 2022 erfolgte die gesetzliche Aufteilung Papuas in die vier Provinzen: Zentral-Papua, Hochland-Papua, Süd-Papua und die Rumpfpapua um Jayapura. Im November wurde ein separates Gesetz verabschiedet, das eine Provinz Südwest-Papua aus der Provinz West-Papua herausschälte.

Menschenrechtsverteidiger:innen und weite Teile der papuanischen Zivilgesellschaft kritisieren, dass die gesetzlich vorgesehenen Konsultationsprozesse nicht eingehalten wurden. In der Aufteilung erkennen sie ferner eine Teile-und-Herrsche-Strategie, die die politische Stimme der Papua zu zerschlagen sucht. Massenproteste in- und außerhalb Westpapas gingen der Verabschiedung der Gesetze voraus und begleiteten diese. Sicherheitskräfte zerschlugen die Demonstrationen in der Regel unter Einsatz von Gewalt.

Ende Januar 2022 erhielt die Einsatzgruppe zur sog. Eindämmung bewaffneter Gruppen und politischer Vergehen ins Leben gerufene Operasi Nemangkawi der indonesischen Polizei (Polri) den neuen Namen Operasi Damai Cartenz (Cartenz Peace Operation). Die Namensänderung sollte auch einen Strategiewechsel symbolisieren. Doch die im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Provinzen nun rechtlich mögliche und auch anvisierte Vermehrung von Polizei- und Militärposten weist darauf hin, dass die indonesische Regierung weiterhin den Sicherheitsansatz verfolgt anstelle eines auf Rechte basierenden.

Westpapua ist eine der an Bodenschätzen und Primärwäldern<sup>11</sup> reichsten Regionen weltweit. Im Rahmen der Programmatik des beschleunigten Wirtschaftswachstums rückten die Vorkommen an Gold, Kupfer, Nickel sowie anderer Erze, die Gasvorkommen und wertvolle Tropenhölzer sowie das Potential für große Agrarflächen stärker in den Fokus.

Bergbauaktivitäten und Entwaldung indessen, bedrohen nicht nur die ökologische Vielfalt, sondern auch die Lebensweise und Lebensgrundlagen indigener Bevölkerungsgruppen, deren Mitspracherechte jedoch unzureichend berücksichtigt werden. Im Zuge der Absicherung solcher Vorhaben durch Sicherheitskräfte kam es im Jahresverlauf immer wieder zu Rechtsverletzungen gegenüber Teilnehmer:innen legitimer Proteste. So plant die indonesische Regierung die weitere Ausbeutung des Wabu-Blocks, einer großen Golderzlagstätte im Bezirk Intan Jaya in der Provinz Papua. In den vergangenen drei Jahren hat sich diese Region erneut zu einem Brennpunkt für Konflikte und Unterdrückung entwickelt. Auch 2022 kam es hier zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden.

---

11 Westpapua verfügt über einige der vielfältigsten primären tropischen Regenwälder der Welt - viele davon sind von globaler Bedeutung. Im Jahr 2018 berichtete das indonesische Ministerium für Forstwirtschaft und Umwelt, dass Papuas Wälder 33,8 Millionen Hektar umfassen, von denen etwa 25 Millionen Hektar als Primärwälder gelten.

## Timor-Leste (Osttimor)

Ein erster Wahlgang der Präsidentschaftswahlen fand am 19. März statt. Da keiner der Präsidentschaftskandidaten mindestens 50 % der abgegebenen Stimmen erhielt, kam es einen Monat später, am 19. April zu einer Stichwahl zwischen dem Amtsinhaber Francisco Guterres von der FRETELIN und dem Friedensnobelpreisträger und ehemaligen Präsidenten José Ramos-Horta (2007 – 2012). Ramos-Horta gewann die Stichwahl mit 62,1 % der insgesamt abgegebenen Stimmen und wurde am 20. Mai 2022 als Staatspräsident vereidigt.

Wenngleich sich die Regierung Timor-Leste der Demokratie verpflichtet, stellen die immer noch instabilen Institutionen ein Hindernis für den Aufbau einer widerstandsfähigen und repräsentativen Demokratie dar. Patronage und fehlende Rechenschaftspflicht kennzeichnen das regierungspolitische Handeln, wobei die starke Abhängigkeit der Wirtschaft von Staatsausgaben Vetterwirtschaft begünstigt. Gleichsam ist die Justiz nach wie vor nicht unabhängig und Korruption ist weit verbreitet. Dies nicht zuletzt, weil es den Antikorruptionsbehörden an ausreichender Finanzierung mangelt, um effektiv arbeiten zu können.

Zu den drängendsten Menschenrechtstroblemen gehörten 2022 weiterhin die unzureichende Verfolgung und Ahndung von Gewalt gegen Frauen sowie Menschenhandel und die schlimmsten Formen von Kinderarbeit. Gewalt gegen Frauen und Kinderzwangsarbeit, deren Häufigkeit und Ausmaß eng mit Armut und Krisensituationen in Zusammenhang stehen, stellen die mit am signifikantesten menschenrechtlichen Herausforderungen dar. Opferhilfe, Ermittlungen und Strafverfolgung scheitern jedoch nicht zuletzt auch häufig an Personalmangel und Unterfinanzierung.

Die Folgen der Menschenrechtsverletzungen während der indonesischen Besatzung (1975-1999) wiegen weiterhin schwer. Mehr als 20 Jahre nach der Befreiung Timor-Lestes kämpfen die Opfer der während der indonesischen Besatzungszeit verübten Menschenrechtsverbrechen immer noch um Anerkennung und Wiedergutmachung. Die meisten weiblichen Überlebenden, insbesondere die Überlebenden sexualisierter politischer Gewalt, sind darüber hinaus mit einer mehrschichtigen Diskriminierung durch öffentliche Institutionen, ihren Familien, Nachbar:innen und/oder Gemeinschaften konfrontiert.

Menschenrechtsorganisationen monieren, dass die Empfehlungen des CAVR-Berichts von 2004 sowie der bilateralen Commission of Truth and Friendship (2005 - 2008)<sup>12</sup> nur unzureichend umgesetzt werden. Trotz umfangreicher Belege, werden Täter:innen nicht ausreichend zur Rechenschaft gezogen und die Belange von Opfern und Überlebenden weitestgehend vernachlässigt. Das wiederholte Muster, die Täter nicht zur Rechenschaft zu ziehen, trägt zu einer Kultur der Straflosigkeit, für Gewalt gegen Frauen und Mädchen bei, sowohl in Bezug auf die Vergangenheit als auch hinsichtlich der Gegenwart. Die Einschätzung von Menschenrechtsaktivist:innen und unabhängigen Beobachter:innen, dass die Gerechtigkeit der Pflege der bilateralen Beziehungen zwischen Indonesien und Timor-Leste geopfert wird, fand im August 2022 erneut Bestätigung als der Friedensnobelpreisträger und Präsidenten Timor-Lestes, Jose Ramos-Horta den pensionierten indonesischen General Hendropriyono und seinen Schwiegersohn General Andika Perkasa eine nationale Ehrung zuteil werden ließ. Während Hendropriyono an zahlreichen Menschenrechtsverbrechen beteiligt gewesen sein soll, u.a. die Ermordung des Menschenrechtsverteidigers Munir Said Thalib oder die Massaker im Zuge des Referendums 1999, würdigt die Auszeichnung „bedeutende Beiträge zum nationalen Frieden und zur nationalen Stabilität“.

---

12 Es wurden zwei offizielle Wahrheitskommissionen eingerichtet, die sich eingehend mit den Menschenrechtsverletzungen während der indonesischen Besatzung Osttimors zwischen 1975-1999 und denen im Zuge des Unabhängigkeitsreferendums begangenen Vergehen befassten. Die Kommission für Aufnahme, Wahrheit und Versöhnung in Osttimor (CAVR) wurde von den Vereinten Nationen in Timor-Leste eingerichtet und nach der Unabhängigkeit von der neuen Regierung Timor-Lestes weitergeführt, während die Kommission für Wahrheit und Freundschaft (CTF), aus indonesischen und timoresischen Vertreter:innen bestand.

## Umwelt & Klima

Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte, Bergbau und Entwaldung, bergen nach wie vor nicht nur große Risiken für den Umwelt- und Klimaschutz und torpedieren die Bemühungen um Klimawandelanpassung und Klimaresilienz. Insbesondere ihre Umsetzung und der damit häufig verbundene Einsatz von Sicherheitskräften, gefährden zudem zentrale, von Indonesien selbst anerkannte, Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDGs*) sowie die Einhaltung politischer Grundrechte.

In Punkto Umwelt und Klima sah das Jahr 2022 das Vorantreiben massiver Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte.

Im Februar 2022 verabschiedete indonesische Parlament das Gesetz zum Bau der neuen Hauptstadt Nusantara in Ost-Kalimantan und setzte die Arbeit an sog. nationalen strategischen Projekten mit Nachdruck fort.

Die Ausdehnung von Bergbauaktivitäten und Förderung von Kohlekraftwerken wird weiterhin ungebremsst verfolgt. Während Präsident Joko Widodo den Kohleausstieg bereits auf der COP26 in Glasgow versprach, bestand der Plan zusätzliche Kraftwerken auf der Basis fossiler Brennstoffe mit einer Gesamtleistung von 19,5 GW, von denen 13,8 GW aus Kohle stammen werden<sup>13</sup> 2022 fort.

Gleichzeitig erfolgten auf dem internationalen Parkett erneut auch in Abkommen gegossene Bekenntnisse zu Klima- und Umweltschutz. Indonesien gilt Deutschland und der Europäischen Union nicht nur in geostrategischer Hinsicht, sondern auch in Sachen Klimaschutz und wirtschaftlicher Zusammenarbeit als wichtiger strategischer Partner. Neben einer Einbindung Indonesiens in den unter dem Vorsitz Deutschlands geführten G7-Gipfel im Juni, wurde im November das "Just Energy Transition Partnership" (JETP) mit Indonesien während der COP auf dem G20-Gipfel in Bali vereinbart.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen politisch schwach eingehegten Verflechtungen zwischen Politik, Wirtschaft und Militär sowie der kontinuierlichen Verengung zivilgesellschaftlicher Partizipationschancen und Artikulationsspielräume (Stichwort: *shrinking space*) und der antizipierten Beschleunigung urbanen Wachstums u.a. aufgrund der Klimakrise sowie der Ausdehnung der Bergbauindustrie gewinnen soziale Gerechtigkeit, zivilgesellschaftliche Beteiligung und „good governance“ als Grundlagen für nachhaltige Infrastrukturentwicklung enorm an Bedeutung.

### *Herausforderungen Infrastrukturentwicklung*

Indonesien ist einer der größten Emittenten von Treibhausgasen weltweit, gleichzeitig aber auch stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Mit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens in 2016 kündigte Indonesien die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 29 Prozent bis 2030 an.

Zugleich verfolgte die indonesische Regierung das Programm des schnellen Wirtschaftswachstums auch 2022 weiter mit Nachdruck. Bis 2030, so Joko Widodos zugrundeliegende Vision, soll Indonesien zur Gruppe der zehn größten Volkswirtschaften aufsteigen. Dezidierte Ziele des Programms sind die Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des auf Indonesiens Rohstoffe basierenden Wertschöpfungsanteils entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Rohstoffe an sich, allen voran die für die Digitalisierung und die (global) anvisierte Energie- bzw. Mobilitätswende essenziellen Metalle Nickel und Kobalt<sup>14</sup> sollen nicht länger die Hauptquelle der Exporteinnahmen stellen, sondern aus ihnen (vor-)produzierte Güter – von der Erzförderung über die Schmelze bis zur Verarbeitung in Batterien bis hin

---

13 Ein Gigawatt entspricht etwa der Leistung eines durchschnittlichen Kernkraftwerks.

14 In Indonesien lagern etwa 7,8% der globalen Kobaltvorkommen und 22% - 25% der weltweiten Nickelvorkommen. (vgl. <https://www.mineralienatlas.de/lexikon/index.php/Indonesien>).

zu Elektroautos. Hierzu fördert Indonesien Minen, den Bau und den Betrieb von Hochöfen, Schmelzen, Häfen und Straßen u.v.a.. In Anbetracht des alleine für dieses erforderlichen Bedarfs an fossilen Brennstoffen und Kalkstein für die Zementproduktion sowie des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch Kohlekraftwerke und Zementwerke, bezweifeln indonesische Umweltschützer:innen, dass Indonesien sein Klimaversprechen tatsächlich einhalten wird können.

Die zu erwartende zunehmende Fokussierung auf Kalkstein für die Zementproduktion sowie Nickel, Kobalt und Kohle droht zudem, sozio-ökonomische und sozio-ökologische Problemlagen in Regionen, die über diese Ressourcen in hohem Maß verfügen zu verschärfen und zu einem zusätzlichen massiven Treiber für Entwaldung und Umweltzerstörung zu avancieren.

Die Grundlage für diese und einer Reihe von weiteren Projekten bietet der Bereits 2011 beschlossenen und unmittelbar nach dem Amtsantritt Jokowi's reformierte Masterplan zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung. Unter der Schirmherrschaft des Koordinationsministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten beinhaltet er eine Reihe von auf Gesetzen und Verordnungen gestützte Vorhaben. Dazu zählen Projekte im Bereich Infrastruktur für Verkehr, Elektrizität und sauberes Wasser wie das für 10 (zehn) nationale strategische Tourismusgebiete (KSPN – *Sepuluh Bali*) und festgelegte sog. nationale strategische Projekte wie z.B. die Errichtung von Sonderwirtschafts- und Industriezonen zur Rohstoffverarbeitung, Staudamm- und Straßenbauprojekte oder die hoch umstrittenen Food Estates.

Die mit diesen Großprojekten verbundenen Bau- und Bergbauaktivitäten stellen eine anhaltende Bedrohung der teils einzigartigen Biodiversität des Archipels sowie der Lebensgrundlagen und sozialen Zusammenhänge von Kleinbäuer:innen, indigenen Bevölkerungsgruppen und den ärmsten Bevölkerungsschichten dar.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie mangelnder Rechtssicherheit im Verbund mit dem beinahe regelhaften Unterlaufen der FPIC-Kriterien<sup>15</sup> und anderen Beteiligungsverfahren, stellt die Anzahl und Größenordnung einzelner Projekte wie z.B. das „Ten new Bali Project“ oder der Anfang 2022 beschlossene Hauptstadttumzug, enorme Herausforderungen für weite Teile der indonesischen Zivilgesellschaft dar.

So sah das Jahr 2022 im Zusammenhang mit Bergbau und Infrastrukturentwicklung in Punkto Meinungs- und Versammlungsfreiheit erneut eine Reihe schwerwiegender Verstöße und Eskalationen.<sup>16</sup>

Bei einem Protest gegen die Vergabe einer Lizenz zum Goldabbau im Regierungsbezirk Parigi Moutong, Zentralsulawesi) erschoss die Polizei am 12. Februar 2022 während einer Autobahnblockade den 21-jährigen Erfaldi Erwin Lahadado. Zeug:innen berichteten, dass Angehörige der mobilen Polizeibrigade Tränengas einsetzten und mit scharfer Munition feuerten, um mehrere Hundert Protestierende zu zerstreuen. Auslöser der Blockade war, dass der Provinzgouverneur nicht zu einer Diskussion erschien in der es um die Anliegen der lokalen Bevölkerung im Zusammenhang mit den befürchteten schädlichen Auswirkungen der Goldmine gehen sollte. Der Polizist, der für den Tod von Erfaldi Erwin Lahadado verantwortlich gemacht wurde, stand Ende 2022 noch vor Gericht.

Am 8. Februar 2022, drangen 250 Sicherheitskräfte ohne Kenntnis der Anwohner:innen in das Dorf Wadas im Bezirk Bener im südlichen Teil von Zentraljava ein. Nach eigenen Angaben waren sie vor Ort, um die Landvermessung der Purworejo Land Agency (*BPN Purworejo*) zum Abbau von Adesit-Gestein für einen in der Region geplanten Staudamm abzusichern. Anwohner:innen wehren sich seit langem gegen das Projekt, da es ihre Lebensgrundlagen zerstören würde. Die bewaffneten und mit Hunden ausgestatteten

15 Freie und informierte Zustimmung einer Indigenen Bevölkerung, die zu Beginn einer Maßnahme vorliegen muss (free, prior, informed consent, FPIC).

16 Aufzählung ist nicht vollständig.



Sicherheitskräfte griffen protestierende Anwohner:innen an und nahm willkürliche Verhaftungen vor bei denen sie Menschen in Privathäusern und einer Moschee festsetzten. Anwält:innen wurde zunächst der Zugang verwehrt. Bei den Auseinandersetzungen wurden Mindestens 67 Personen, darunter 13 Kinder, wurden verhaftet. Alle wurden ohne Anklage wieder frei gelassen.

Im März erfolgte die Anklage gegen die Menschenrechtsverteidiger:innen Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti auf Grundlage des ITE-GEsetzes wegen Verleumdung. Bereits 2021 waren sie wegen "Verbreitung von Falschinformationen" angezeigt worden. Der Vorwurf der Verleumdung wurden vom Koordinationsminister für maritime Angelegenheiten und Investitionen, Luhut Binsar Pandjaitan, wegen eines YouTube-Videos erhoben, in dem die beiden Aktivist:innen mutmaßliche Verbindungen zwischen Bergbauunternehmen und Militäroperationen in Papua diskutierten. Sie bezogen sich dabei auf Vorwürfe, Luhut sei als Anteilseigner eines der in der Region tätigen Unternehmen darin verwickelt. Im Falle einer Verurteilung drohten den beiden Aktivist:innen bis zu vier Jahre Gefängnis.

Im Mai schlugen Sicherheitskräfte fünf Tage währende Proteste gegen eine Nickel-Mine in Sorowako, Süd-Sulawesi brutal nieder und verhaftete drei Indigenen-Sprecher:innen. Die indigene Bevölkerung wehrt sich gegen die Mine des Konzerns PT Vale Indonesia, denn sie liegt auf ihrem angestammten Land im Verbeek-Gebirge und verseucht Luft, Boden und Wasser, führt zu Entwaldung und zerstört die Biologische Vielfalt. Vereinbarte Entschädigungen

## *Klima*

Extreme Wetterereignisse mit unterschiedlichen Zerstörungsgraden in ländlichen wie auch in urbanen Gebieten brachen sich auch 2022 Bahn. Floodlist<sup>17</sup> dokumentiert für Indonesien vierzehn schwere Unwetterereignisse. Überschwemmungen durch Starkregen und die dadurch ausgelösten Erdbeben, verursachten erneut massive soziale und wirtschaftliche Schäden, mit Hunderttausenden von Betroffenen und zahlreichen Todesopfern.

Entwaldung, menschengemachte Bodenerosion, Oberflächenversiegelung und Grundwasserentnahmen verschärfen die Auswirkungen den Klimawandel verursachte Wetterextreme drastisch. In Städten, wie z.B. Jakarta lassen übermäßige und unkontrollierte Grundwasserentnahmen im Zuge baulicher Verdichtung in Teilen der Stadt den Boden absinken und Oberflächenversiegelung erschwert den Abfluss des Wassers bei Starkregen. Die Provinzregierung möchte dem Überflutungsproblem vom Meer aus mit dem gigantischen Deichprojekt »Giant Sea Wall« Einhalt gebieten. Der Abfluss von Starkregenwasser ist dabei allerdings nicht berücksichtigt. Die mögliche Folge: Regenwasser, das sich mit Abwässern vermischt, würde sich hinter dem Damm stauen und damit die bestehenden Probleme noch vergrößern.

Abholzung, Rodung und Zerstörung von natürlichen Wasserreservoirs in Zusammenhang mit Bergbau, Infrastrukturentwicklung, Agroindustrie verschärfen die Folgen von Starkregen in ländlichen Gebieten. So auch z.B. in Zentraljava. Seit 1998 kommt es im Bezirk Pati in Zentraljava immer wieder zu Überschwemmungen. Doch die im November einsetzende dauerte bis Januar 2023 an. Sie zerstörte Ernten, verursachte Sachschäden, darunter insgesamt 6.301 Wohneinheiten und gefährdet so die Existenz von Hunderten von Menschen. Die Bewohner:innen und Bürger:inneninitiativen wie die JM-PPK, mit der Watch Indonesia! Eng zusammenarbeitet, weisen die indonesische Regierung bereits seit Jahren darauf hin, dass der Abbau von Kalkstein des in der Region Pati gelegenen Karstgebirges für die Zementproduktion die Katastrophen verstärken und fordern seinen Stopp.

Sowohl in Bezug die bestehenden Herausforderungen für Stadtbewohner:innen als auch auf „grüne“ Stadtentwicklung finden zivilgesellschaftliche Interessen und Bedarfe, wie etwa die von Indigenen,

---

17 <https://floodlist.com/tag/indonesia> (Letzter Zugriff, 19.10.2023)

Kleinbäuer:innen, informell Siedelnden oder der sog. *urban poor* allerdings nur unzureichend Berücksichtigung. Ergriffene Maßnahmen zeitigen überdies häufig kontraproduktive Auswirkungen.

### *Urbane Transformation*

Laut Schätzungen von UN-DESA aus dem Jahr 2018 wird sich die städtische Bevölkerung Indonesiens bis 2050 von 147 Mio. auf 234 Millionen Menschen erhöhen<sup>18</sup>. Gleichzeitig gehört Indonesien zu den Ländern, die schon jetzt besonders stark von den Auswirkungen der Klimakrise, wie etwa Extremwetterereignisse und Steigen des Meeresspiegels, geprägt sind. Gleichsam liegen in Städten und Stadtgesellschaften entscheidende Hebel für das Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens. Indonesien bekennt sich zu den Klimazielen und deklariert auf internationalem Parkett, zukunftsfähige, nachhaltige und (sozial) gerechte urbane Transformation sowie grüne Infrastruktur entscheidend voranbringen zu wollen.

Als Aushängeschild der nachhaltigen urbanen Transformation gilt das Prestigeprojekt Nusantara. Zunächst sollen der Regierungssitz sowie Behörden und Ministerien dort angesiedelt werden.

Kritiker:innen indessen weisen darauf hin, dass die neue Stadt auf einer Insel mit riesigen Regenwaldflächen gebaut wird, die eine wichtige Kohlenstoffsenke darstellen. Im Bestreben, die Ansiedlung neuer Industrien auf Kalimantan voranzutreiben und die Städte, inklusive Nusantara, mit Wasser zu versorgen, begann die Regierung bereits 2018 mit chinesischen Investitionen den Bau von fünf Kaskadenstaudämmen. Die Megaprojekte setzen Dörfer unter Wasser, bedrohen die Artenvielfalt und die Lebensgrundlage Tausender Menschen.

Indonesische Umweltschützer:innen gehen zudem davon aus, dass der Großteil der für die Stadt benötigten Energie aus Kohlekraftwerken kommen wird. Mindestens drei sind bereits geplant. Umweltschützer:innen und Umweltexpert:innen befürchten überdies, dass die neue Hauptstadt am Ende mit dem gleichen Probleme konfrontiert werden könnte wie die alte.

Beobachter:innen monieren zudem die fehlende Transparenz. Insbesondere die Rolle von Großunternehmen mit langjährigen politischen Verbindungen wie Sukanto Tanoto, der hauptsächlich in der Holzindustrie tätig ist, und Hashim Djojohadikusumo, der Bruder des Verteidigungsministers Prabowo Subianto und Leiter der Arsari Group, zu deren Geschäftsbereichen Papier, Palmöl, Bergbau und Logistik gehören. Sie sollen Rechte an dem Land besitzen, auf dem die neue Hauptstadt gebaut werden soll, wie die Jakarta Post im Februar 2022 berichtete. Auch profitieren sie von Beteiligungen an der Trinkwasserversorgung und Auftragsvergaben für Baumaterialien.

Menschenrechts- und Sozialverbände befürchten überdies, dass infolge des geplanten Hauptstadtumzugs dringend erforderliche Infrastruktur- und Klimaanpassungsmaßnahmen nun ganz aus dem Blick geraten und die Bevölkerung Jakartas im Stich gelassen wird.

### *Entwaldung*

Aktuell stellt die Palmöl- und Holzwirtschaft weiterhin einen der Haupttreiber für Entwaldung, Brandrodung, Landkonflikte und der Nichteinhaltung von Indigenen- und Menschenrechten dar. Indonesien hat zwischen 2001 und 2022 ca. 28,6 Millionen Hektar Waldfläche verloren. Etwa 36% davon entfallen auf Primärwald. Hauptbetroffen sind die Inseln Sumatra, Kalimantan und Papua. Für rund ein Drittel des Waldverlustes zwischen 2001 und 2019 war die Ausdehnung von Ölpalmpflanzungen verantwortlich. Bergbau sowie die Schaffung von Infrastruktur für diese Industrien, wie Straßen und Verarbeitungsanlagen tragen ebenfalls maßgeblich zur Entwaldung bei. Besonders im Zusammenhang mit der Ölpalmindustrie sind Landkonflikte allgegenwärtig. Einige Studien gehen von 4000 laufenden Landkonflikten allein in diesem

---

18 World Urban Prospects 2018, <https://population.un.org/wup/Country-Profiles/>.

Zusammenhang aus.<sup>19</sup> Nach ihrem Rekordrückgang im Jahr 2020 begann das Jahr 2022 mit der Nachricht eines leichten Anstiegs der Entwaldungsrate. Vor dem Hintergrund der derzeit verfolgten Wachstumspolitik mit ihrem enormen Bedarf an Ressourcen und des Endes des Moratorium für die Erteilung von Lizenzen für neue Ölpalmenplantagen, warnen Expert:innen vor einer bevorstehenden Welle der Waldrodung insbesondere in Provinzen, die bisher weniger im Fokus standen. Diese 10 Provinzen - West-Kalimantan, Zentral-Kalimantan, Ost-Kalimantan, Nord-Kalimantan, Zentral-Sulawesi, Maluku, Nord-Maluku, Papua, West-Papua und Aceh - beherbergen 80 % der verbleibenden Waldfläche Indonesiens. Einige von ihnen liegen im Osten des Landes, der als letzte Grenze für expansionsfreudige Agrar- und Bergbauunternehmen gilt, die die Tieflandwälder auf Sumatra und Borneo bereits weitgehend abgeholzt haben.

## Der Verein und seine Ziele

Watch Indonesia! e.V. hat sich 1991 als ehrenamtlicher Zusammenschluss engagierter Menschen zur Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen in Indonesien und dem damals annektierten Osttimor gegründet. Seit 1994 besteht Watch Indonesia! als eingetragener Verein mit Sitz in Berlin. Watch Indonesia! e.V. ist eine säkulare Mitgliederorganisation. Überparteilichkeit und Unabhängigkeit bestimmen unser Selbstverständnis und unsere Arbeitsweise.

### **Watch Indonesia!**

setzt sich für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Timor-Leste ein.

Unsere Arbeit ist getragen von der Verbundenheit mit den Menschen in Indonesien und Osttimor und von der Verpflichtung für ihre Anliegen eine Brücke zu Politik und Gesellschaft in Deutschland zu bilden.

Mit unserer Arbeit möchten wir dazu beitragen, dass in Indonesien und Timor-Leste die Rechte und Freiheiten geachtet und gewahrt sind, ein umfassender Demokratisierungsprozess stattfindet, die Umwelt geschützt wird und Konflikte mit friedlichen Mitteln gelöst werden.

Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Akteur:innen dabei, für ihre Anliegen einzutreten. Mit Bildungs-, Informations-, Advocacy- und Lobbyarbeit, wirken wir darauf hin, dass sich die Zivilgesellschaft und politische Akteur:innen in Deutschland für Menschenrechte, Demokratie und den Schutz der Umwelt in beiden Ländern engagieren.

Wir ermöglichen Vernetzung und Kooperation zwischen relevanten Akteur:innen in Deutschland und Indonesien und Timor-Leste.

---

19 Berenschot, Ward/Dhiaulhaq, Ahmad/Afrizal/Hospes, Otto, a joint publication of KITLV Leiden, Andalas University, Wageningen University, Lembaga Gemawan, Scale Up, Walhi West Sumatra, Walhi Central Kalimantan, Epistema Institute and HuMA (2022): Palm Oil Expansion and Conflict in Indonesia: an evaluation of the effectiveness of conflict resolution mechanisms, available at: [https://www.forestpeoples.org/sites/default/files/documents/ENG\\_Ekspansi%20Konflik%20Kelapa%20Sawit%20di%20Indonesia-EN-FA.pdf](https://www.forestpeoples.org/sites/default/files/documents/ENG_Ekspansi%20Konflik%20Kelapa%20Sawit%20di%20Indonesia-EN-FA.pdf).

## Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt

Wir möchten

- die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Indonesien und Timor-Leste kritisch in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken,
- die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik für die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere die Aufarbeitung der Vergangenheit und dem Kampf gegen die Straflosigkeit sowie für die friedliche Konfliktbearbeitung zu sensibilisieren und sie zu politischer Initiative anzuhalten,
- Politik und Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, welche Auswirkungen der Konsum von Palmöl, Mineralien, Holz und Papier auf Mensch und Umwelt in Indonesien und Osttimor hat,
- die deutsche und europäische Klima- und Energiepolitik zu bewegen, soziale und menschenrechtliche Kriterien und die ökologische Relevanz von Tropenwäldern zu berücksichtigen.

Damit

- in Indonesien und Timor-Leste juristische und gesellschaftliche Fortschritte bei der Beendigung der Straflosigkeit und der Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit erzielt werden,
- beide Staaten Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der politischen und der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ergreifen,
- marginalisierte Bevölkerungsgruppen, gleich welcher religiösen, ethnischen, weltanschaulichen oder sexuellen Orientierung, dieselben Rechte als Bürger:innen ihres Landes genießen, wie alle anderen,
- langfristig in Indonesien eine Nationale Wahrheitskommission eingerichtet wird und Menschenrechtsgerichtshöfe Verbrechen juristisch aufarbeiten,
- das Parlament in Timor-Lest sich mit dem Abschlussbericht der Wahrheitskommission (CAVR) beschäftigt und Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen ergreift, so dass Opfer Anerkennung finden und Reparationen erhalten,
- der anhaltende Konflikt in Papua dialogisch gelöst wird,
- soziale und menschenrechtliche Kriterien sowie die ökologische Relevanz von Tropenwäldern in die deutsche, europäische und indonesische Energie- und Klimapolitik einfließen,
- Konsument:innen, Investor:innen und Unternehmen die Folgen der Expansion von Monokulturen berücksichtigen,
- indigene und traditionelle Landrechte in Indonesien respektiert und Menschenrechtsverletzungen geahndet werden.

### **Aktivitäten**

- Auswerten der deutschsprachigen, indonesischen und internationalen Presse und Versand von aktuellen Informationen über (z.T. zielgruppenspezifische) e-Mail Newsletter;
- Regelmäßiges Informieren der Zielgruppen über die aktuelle Situation in Indonesien und Timor-Leste sowie das Hinweisen auf Missstände und das Vermitteln von Forderungen der Partnerorganisationen nach aktiver Unterstützung im Menschenrechts- und Umweltschutz;

- Formulieren und Vertreten politischer Forderungen gegenüber Regierungen und Öffentlichkeit; Einfluss nehmen auf die deutsche Politik gegenüber Indonesien und Osttimor durch Lobbygespräche, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit;
- Verfassen von Analysen zu aktuellen Entwicklungen in den genannten Themenfeldern;
- Erstellen von Menschenrechtsberichten, Arbeitsmaterialien, Medienbeiträgen und Publikationen zu den eigenen Regional- und Themenschwerpunkten;
- Bearbeitung von Anfragen durch Presse, NROs, Politik (ggf. auch Briefings) und Privatpersonen; darüber hinaus Zusammenstellung von Hintergrundmaterialien für Medien und Politik sowie Vermittlung von Kontakten nach Indonesien und Timor-Leste;
- Durchführung von Projekten, Seminaren und Veranstaltungen zu Themen indonesischer und osttimoresischer Politik und Gesellschaft; mit Gästen aus Indonesien und Osttimor; diese werden darüber hinaus mit Politiker:innen, relevanten Organisationen, Medienvertreter:innen und einer interessierten Öffentlichkeit in Kontakt gebracht;
- Aktive Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen als Referent:innen oder Gesprächspartner:innen;
- Fachlicher Austausch mit NROs aus Indonesien und Osttimor durch Mitarbeit in deutschen, indonesischen und osttimoresischen sowie internationalen Netzwerken; Beteiligung an gemeinsamen Kampagnen. Initiierung und Koordination gemeinsamer öffentlicher Aktionen und Petitionen.

## Zielgruppen

Entwicklungspolitische Fachöffentlichkeit sowie Multiplikatoren und Einzelpersonen, die sich für Indonesien und Osttimor interessieren: Presse, politische Stiftungen, entwicklungspolitische und Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Hilfswerke, Gemeinden, Universitäten, Schulen und freie Bildungseinrichtungen sowie politische Entscheidungsträger:innen im deutschsprachigen Raum. Darüber hinaus wenden wir uns an vergleichbare Zielgruppen im europäischen und internationalen Raum sowie nicht zuletzt an entsprechende Akteur:innen in Indonesien und Timor-Leste selbst.

Insgesamt haben wir mit unseren Aktivitäten in 2022 sowohl die entwicklungspolitische Fachöffentlichkeit sowie Multiplikatoren und Einzelpersonen, die sich für Indonesien und Timor-Leste interessieren erreicht. Die rund 75 Anfragen, fachlichen Austauschtreffen in Bündnissen und Arbeitsgruppen sowie die Lobbygespräche bildeten auch 2022 eine wichtige Säule unserer Arbeit. Zu den Gesprächspartner:innen zählten Presse, politische Stiftungen, entwicklungspolitische Organisationen und Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Hilfswerke, Gemeinden, Universitäten, Schulen und freie Bildungseinrichtungen sowie politische Entscheidungsträger:innen im deutschsprachigen Raum sowie Einzelpersonen. Mit unseren Projekten, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Veranstaltungsbeiträgen erreichten wir zivilgesellschaftliche Akteur:innen der Handlungsfelder Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit, die Fachöffentlichkeit sowie politische Entscheidungsträger:innen und die interessierte Öffentlichkeit in Deutschland, Indonesien und im europäischen Ausland.

Mit unseren Partnerorganisationen, Netzwerkpartner:innen sowie menschenrechts- und umweltpolitischen Akteur:innen aus Indonesien standen wir kontinuierlich in engem Austausch.

## Personal- und Vereinsentwicklung

### **Vereinsmitglieder**

Watch Indonesia! Verfügte 2022 über eine Mitgliederzahl von 58 Personen unterschiedlichen Geschlechts, Alters und sozialer oder geografischer Herkunft. Neben den Vorstandsmitgliedern, beteiligen sich im Jahresdurchschnitt etwa zwei Mitglieder mit ehrenamtlichem Engagement aktiv am Vereinsleben.

### **Personal**

Die Personalsituation war im Berichtsjahr konstant. Khai Patrick Phung erfüllte die Funktion der Leitung für das vom 15. März 2021 bis 15.12.2022 laufende Projekt „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“. Darüber hinaus übernahm er Aufgaben im Bereich (internationale) Netzwerkarbeit zu Klimaschutz und nachhaltiger Ressourcennutzung und vorbereitende Buchhaltung, mit einer Arbeitszeit von insgesamt 19,5 Wochenstunden.

Mark Philip Stadlers Arbeitsvertrag als Assistenz für o.a. Projekt endete im Einklang mit den Projektgegebenheiten vereinbarungsgemäß am 30.9.2023.

#### Die Personalbesetzung im Überblick:

- Christine Holike (70% RAZ in Anlehnung an TVöD 13, Stufe I)

Arbeitsschwerpunkte: Demokratisierung, Menschenrechte, Religion, Rechtsstaatlichkeit, Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, Straflosigkeit, Außen- und Entwicklungspolitik, Timor-Leste sowie Geschäftsführungs- und Verwaltungsteilgaben.

- Khai Patrick Phung (48.75% RAZ in Anlehnung an Tarif TVöD 12, Stufe I)

Arbeitsschwerpunkte: Umwelt, Klima, Landrechte, Verwaltungsaufgaben.

- Leona Pröpper (75% RAZ in Anlehnung an TVöD 11, Stufe II)

Eine-Welt-Promotorin für Menschenrechte in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit.

Seit 1. Januar. 2022 fungiert Watch Indonesia! e.V. für den Zeitraum von drei Jahren als Trägerverein im Rahmen des bundesweiten Eine-Welt-Promotor:innen-Programms. Die Eine-Welt-Promoter:in arbeitet an der Schnittstelle mit dem Projekt „Urbane Transformation“ und dem Arbeitsbereich Menschenrechte und Demokratie.

#### Zusätzliches Personal

- Mark Philip Stadler (20% RAZ in Anlehnung an TVöD E10 Stufe I);

Vertragslaufzeit: 01.06.2021 – 30.09.2022)

Projektassistenz „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland- Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“

Zur Unterstützung der Zielerreichung des Projekts „Urbane Transformation“ beschäftigte der Verein Mark Philip Stadler vom 1.10.-15.12.2022 im Anschluss an seine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als Honorarkraft. Aus Projektmitteln finanziert, wurde er im Umfang von insgesamt 67 Zeitstunden zu einem Stundensatz von €14 Brutto mit Teilaufgaben im Bereich Veranstaltungsmanagement betraut.

## **Ehrenamt**

Durch ehrenamtliche Arbeit haben die Vorstandsmitglieder Pipit Kartawidjaja, Schwerpunkte Verwaltungsreform, Parteien- und Wahlgesetzgebung, sowie Basilisa Dengen mit den Schwerpunkten Transitional Justice und Straflosigkeit wesentlich zur inhaltlichen Arbeit beigetragen.

Auch 2022 unterstützte Robert Priyanto Mangundap die Buchhaltung. Zur pauschalen Abgeltung der Tätigkeit erhielt der Ehrenamtliche vom Verein eine Aufwandsentschädigung von 660,00 Euro pro Jahr, bzw. 55,00 Euro pro Monat.

Etliche weitere Personen haben sich über das Jahr hinweg ehrenamtlich für den Verein eingesetzt. Sie leisteten u.a. Hilfestellung bei praktischen und organisatorischen Aufgaben, unterstützten die Erstellung des regelmäßig erscheinenden Newsletters oder bereicherten die Vereinsarbeit mit kreativen Ideen oder Beiträgen und wertvollen Fachinformationen. Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank!

## **Vorstand**

Die Jahresmitgliederversammlung wurde ordnungsgemäß und fristgerecht einberufen. Der Jahresbericht sowie der Jahresabschluss und Kassenbericht für das Finanzjahr 2021 wurden fristgemäß mit der Einladung an die Mitglieder versandt und lagen zur Ansicht für die in Präsenz Teilnehmenden aus. Die Versammlung fand hybrid statt. Aus verfahrensrechtlichen Gründen (Aufhebung des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie ) durften die online teilnehmenden Mitglieder nicht abstimmen. Um den Online-Zugeschalteten dennoch ein hohes Maß an Beteiligung an den Entscheidungen zu ermöglichen, wurden Diskussionen und Konsensbildung so viel Zeit wie nötig eingeräumt.

Der Vorstand von Watch Indonesia! e.V. bestand seit 21.11.2021 aus:

Asep Ruhyat,  
Basilisa Dengen,  
I Ketut Santrawan,  
Nedim Sulejmanović,  
Nils Utermöhlen,  
Pipit Kartawidjaja.

Auf der Hauptversammlung vom 17.12.2022 trat Nils Utermöhlen nicht zur Wiederwahl an. Dafür stellten sich Kartika Manurung und Oliver Pye zur Wahl und die bisherigen anderen Vorstandsmitglieder erklärten sich bereit wieder als Vorstände zu fungieren. Gewählt und im Vereinsregister aktualisierte Vorstände sind nunmehr:

Asep Ruhyat,  
Basilisa Dengen,  
I Ketut Santrawan,  
Kartika Manurung,  
Nedim Sulejmanović,  
Oliver Pye,  
Pipit Kartawidjaja.

## Finanzen

Watch Indonesia! e.V. ist als gemeinnützig anerkannt und finanziert sich laut Satzung aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die Aufwendungen für sozialversicherungspflichtig angestellte Mitarbeiter:innen, Büromiete sowie andere laufende Kosten wurden auch 2022 mit zusätzlichen Zuwendungen durch Dritte abgedeckt. Größter Geldgeber des Vereins ist *Misereor*, gefolgt von der *Evangelischen Kirche im Rheinland*. Spenden und Mittel aus Teil- und Kleinprojekten trugen ebenfalls anteilig zur Finanzierung bei. Wichtige Partner:innen der Projektfinanzierung waren das *Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB)*, *Brot für die Welt Inlandsförderung*, *Engagement Global* und *Stiftung Umverteilen* sowie die *Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ)*, der zentralen Koordinierungsstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin.

Der Verein erhielt 2022 Beitragszahlungen von 44 Mitgliedern. Von 14 Mitgliedern stehen die Beiträge am Jahresende 2022 aus. Grund hierfür ist Säumnis.

Durch die freundliche Unterstützung von Misereor, die den Wegfall der Förderung durch Missio mit einer auf das Jahr 2022 höheren Fördersumme als üblich ausglich und den weiteren Ausbau der Projektförderung war das Jahr ausreichend finanziert. Aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen, Honoraren und Erstattungen entstand zum Jahresende ein Überschuss in Höhe von €9.677,20. Wie im Vorjahr kann dieser im Folgejahr für die häufig im Rahmen von Kleinprojekten erforderlichen Eigenmittelanteile eingesetzt werden.

Das Finanzjahr 2022 begann mit einem Saldo von €4874,83. Die Gesamteinnahmen für das Jahr 2022 betrugen €160.597,07. Die Ausgaben beliefen sich auf €150.919,87. Das Jahresergebnis weist somit einen Überschuss von €9.677,20 auf.

Die Mitgliedsbeiträge und Spenden machen mit 7.775,53 Euro im Vergleich zur Summe der Fördermittel einen kleinen, dennoch wichtigen Teil der Einnahmen aus, weil wir viele der Zuschüsse im Bereich Kleinprojekte nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten.

## Einnahmen

|                                  |              |
|----------------------------------|--------------|
| Mitgliedsbeiträge                | 1.550,00 €   |
| Spenden                          | 6.225,53 €   |
| Zuwendungen                      | 148.501,00 € |
| davon institutionelle Förderung: | 67.500,00 €  |
| davon Projektförderung:          | 81.001,00 €  |
| Sonstige steuerfreie Umsätze     | 164,65 €     |
| Sonstige Erträge (z.B. Honorare) | 4.155,89 €   |

**Summe der Einnahmen** **160.597,07 €**

## Ausgaben

|                                       |              |
|---------------------------------------|--------------|
| Personalausgaben                      | 119.364,47 € |
| Fremdleistungen                       | 10.404,25 €  |
| Raumkosten                            | 8.662,28 €   |
| Versicherungen und Beiträge           | 1.424,57 €   |
| Werbe- und Reisekosten                | 4.060,50 €   |
| Instandhaltung                        | 1.376,49 €   |
| Sonstige Kosten (z.B.)Büroausstattung | 5.627,31 €   |

**Summe der Ausgaben** **150.919,87 €**



Eine detaillierte Gesamtaufstellung der Einnahmen und Ausgaben liefert der von der Unternehmensberatung und Buchhaltungsfirma van Wieringen + Boehm GmbH erstellte Jahresabschluss und Kassenbericht sowie der Buchprüfungsbericht von Advisor *Berlin* Steuerberatungsgesellschaft mbH.

## Vernetzung

Watch Indonesia! ist aktives Mitglied in einer Reihe formeller und informeller Netzwerke.

Dazu gehört das Westpapua Netzwerk (WPN) mit dem sich die Zusammenarbeit und der Austausch 2022 bewährte. Neben dem regelmäßigen informellen Austausch über die aktuelle Lage in Westpapua und die (regierungs-)politischen Rahmenbedingungen, wirken wir daran mit dem Konflikt und der Menschenrechtslage in Papua zu mehr politischer Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Seit September 2022 stellen wir erneut eine Vertreter:in für den Beirat des West-Papua Netzwerk.

Watch Indonesia! ist ferner aktives Mitglied der Internationalen Advocacy Netzwerke (IAN). Das Bündnis Internationale Advocacy Netzwerke (IAN) engagiert sich mit Lobby- und Informationsarbeit für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Afrika, Asien und Lateinamerika. Ferner stellt das Bündnis in regelmäßig erscheinenden und von Lobbyveranstaltungen flankierten Dossiers und Briefings Ländersituationen vor und gibt Handlungsempfehlungen. Wir beteiligen uns aktiv an den über das Jahr verteilten Konzept- und Koordinierungs- und Vorbereitungstreffen, tragen mit Artikeln und unserer Expertise zu den Dossiers und Lobbyveranstaltungen bei.

Die Zusammenarbeit mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V. (BER) / Eine Welt Stadt Berlin, in dem Watch Indonesia! Mitglied ist, hat sich 2022 weiter verstetigt. In diesem Zusammenhang wirken wir daran mit, Menschenrechte in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und globale Gerechtigkeit auch auf der landespolitischen Ebene zu stärken. Wir bringen die Perspektiven unserer Kolleg:innen in und aus Indonesien ein und entwickeln auf der Landesebene wirkende Strategien, mit der wir die Aufmerksamkeit für Menschenrechts- und umweltpolitische Fragestellungen in Indonesien erhöhen können.

Der Umzug in das Berlin Global Village (BGV) im Frühjahr 2021 erweist sich nach wie vor als Bereicherung. Die Vielfalt der im BGV ansässigen Initiativen ermöglicht und zeitigt sinnvolle Synergien, Vernetzungen und Kooperationen. Insbesondere in den Bereichen Klimagerechtigkeit und globale Gerechtigkeit sowie Erinnerungskulturen kam es auch 2022 wieder zu fruchtbaren Kooperationen.

Über die Etablierung als Trägerverein im Rahmen des Eine-Welt-Promotor:innenprogramms hinaus, erwuchs 2022 eine erste Kooperation mit *Afrotak/cyberNomads* für ein von Watch Indonesia und Ajar (Asia Justice and Rights) geplantes transnationales Projekt zur Stärkung junger Menschenrechtsverteidiger:innen, die zu Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Erinnerungskulturen arbeiten. *Afrotak/cyberNomads* ist eine entwicklungspolitische Initiative für Bildung, Medien, Kunst, Kultur und Ökologie, die sich unter anderem im Bereich postkoloniale Erinnerungskultur engagiert und gut in dem Feld vernetzt ist.

Gemeinsam mit Orang Utans in Not e.V. gehört Watch Indonesia! zu den Trägerorganisationen des Aktionsbündnisses »Regenwald statt Palmöl«, dessen Aktivitäten unter <http://www.regenwald-statt-palmoel.de/de> verfolgt werden können. Das 2017 von Watch Indonesia! initiierte Bündnis verschiedener Umwelt- und Entwicklungsorganisationen mit Schwerpunkt »Agrotreibstoffe« arbeitet in lockerer Zusammensetzung weiter zusammen.

Das transnationale Solidaritätsnetzwerk Save Kendeng wurde durch Watch Indonesia! mitbegründet. Seither, so auch im Berichtsjahr, unterstützen wir von Deutschland aus die Menschen am Fuße des Kendeng-Karstgebirges bei ihrem Kampf gegen die Zementindustrie. Das indonesische Tochterunternehmen PT Indocement der deutschen HeidelbergCement AG hält am Bau einer Zementfabrik und dem Rohstoffabbau im Karstgebirge des Landkreises Pati, Zentraljava fest. Das Kendeng-Gebirge ist ein Karst mit Höhlen und unterirdischen Wasserläufen. Es versorgt Tausende von Menschen, Tieren und Pflanzen mit Wasser, Nahrung und sauberer Luft. Seine Wälder haben in dem besiedelten Gebiet hohe Bedeutung für Ökologie und Klima. Unsere Aufgabe im Save Kendeng Netzwerk ist es, Druck hier vor Ort auf den deutschen Mutterkonzern zu machen und HeidelbergCement an seine Pflichten und Verantwortungen für das indonesische Tochterunternehmen zu erinnern.

Die Arbeit im von Watch Indonesia! mitbegründeten cemEnd-Bündnis<sup>20</sup> wurde 2022 ebenfalls weitergeführt. Mitglieder des Bündnisses sind neben Fridays for Future Heidelberg und den Architects for Future auch Greenpeace Heidelberg-Mannheim, das Klimakollektiv Heidelberg, Extinction Rebellion und Wurzeln im Beton. Das Bündnis wendet sich direkt an die HeidelbergCement AG und fordert sofortigen Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten. Im Rahmen von cemEnd und in Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre klärten wir mit gemeinsamen Aktionen und Pressearbeit über die Klimafolgen der Zementproduktion und HeidelbergCement als einen der größten Klimakiller auf. Dazu sorgten wir für eine kritische Begleitung der Hauptversammlung der HeidelbergCement AG am 12. Mai 2022.

Ein wichtiges Bindeglied zu Netzwerken und Initiativen in Indonesien ist unser langjähriges Vorstandsmitglied Pipit Kartawidjaja. Er schöpft aus seiner Erfahrung als langjähriger Verwaltungsangestellter des Landes Brandenburg und seinen Kontakten zu politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in Indonesien, darunter zahlreiche Entscheidungsträger:innen. Kaum jemand wird in Indonesien gleichermaßen als Vertreter aus dem Nicht-Regierungslager wie gleichermaßen als Fachexperte für Wahlgesetzgebung und Verwaltungsreform anerkannt wie er. Neben seiner Funktion als Vorstandsmitglied von Watch Indonesia! war Pipit Kartawidjaja maßgeblich an der Gründung der indonesischen NGO namens Sindikasi Pemilu dan Demokrasi (SPD) beteiligt, in deren Beirat er tätig ist. Gleichermäßen ist aber auch die indonesische Regierung an seinem Fachwissen interessiert, für die er als Berater fungiert.

Weitere Infos: <http://www.spd-indonesia.com>

Die inhaltliche Zusammenarbeit mit Misereor, Brot für die Welt und anderen Hilfswerken sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen wie die Stiftung Asienhaus oder International People's Tribunal 1965 erfuhr 2022 weitere Stärkung. Das 2021 auf Initiative der Indonesienreferentin von Misereor ins Leben gerufene Indonesien-Austauschforum bestehend aus Vertreter:innen von Hilfswerken und Initiativen, kommt in lockeren Abständen zusammen und hält sich über aktuelle Themen auf dem Laufenden.

Auf internationaler Ebene besteht Austausch und aktive Zusammenarbeit mit den Organisationen Tapol (UK), International People's Tribunal 1965 (Niederlande), Watch65 (Niederlande), AJAR (Indonesien), Human Rights Watch (Indonesien), Amnesty International (UK, Deutschland, Indonesien), Sawit Watch (Indonesien), Walhi (Indonesien). Die länderübergreifende Zusammenarbeit nicht nur fortzusetzen, sondern auch auszubauen und zu intensivieren blieb auch 2022 unser Ziel.

---

20 Das Bündnis wurde gegen Ende des Berichtsjahrs 2022 in end cemend umbenannt. Im vorliegenden Bericht wird der in diesem Jahr überwiegend verwendete Name cemEnd-Bündnis benutzt.

## Arbeitsweise

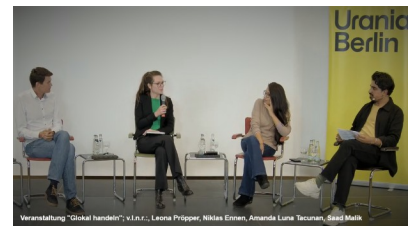
Menschenrechte, Demokratie und Umwelt, die drei Themenfelder, denen sich Watch Indonesia! widmet, betrachten wir als miteinander in Beziehung stehend. Watch Indonesia! verfolgt daher einen integrativen Ansatz, der diese drei Felder nicht nur auf der analytischen, sondern auch auf der praktisch-inhaltlichen Ebene miteinander in Verbindung setzt.

## Auf einen Blick: Aktivitäten in 2022

Auch 2022 zeigte sich als ein ereignisreiches, von elementaren Krisen gekennzeichnetes Jahr. Es war ebenfalls ein Jahr, in dem Indonesiens Regierung immer wieder auf dem Weltparkett in Erscheinung trat. Im Gedächtnis bleiben dabei sicherlich Joko Widos Vermittlungsbemühungen im Krieg gegen die Ukraine, Indonesiens G20-Präsidentschaft und der Gipfel auf Bali sowie das regelmäßige Überprüfungsverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen. Diese Ereignisse und einige der damit verbundenen Themen griffen wir auf unterschiedliche Weise insbesondere in unserer Informations- und Lobbyarbeit auf.

Gleichsam bauten wir weiter auf die bestehende, an der Schnittstelle Menschenrechte und Umwelt wirkende, Projekt- und Kampagnenarbeit auf. Hier standen die Themen Urbane Transformation, die Unternehmensverantwortung in der Zementherstellung in Punkto Menschenrechte und Umwelt-/Klimaschutz mit ihrem Herzstück der Save Kendeng-Kampagne sowie die Gefährdung von Menschenrechten im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten im Fokus.

So gelang es mit dem Projekt „[Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen](#)“, ein Kompetenznetzwerk aufzubauen und zahlreiche Menschen für zivilgesellschaftliche Perspektiven auf die Probleme und Lösungsansätze hinsichtlich einer global und sozial gerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung zu sensibilisieren. Mit Indonesien stets im Gepäck setzt sich zudem die seit Januar bei Watch Indonesia! angesiedelte Eine Welt-Promotorin auf der Berliner Ebene für Menschenrechte in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit ein. Neben der langfristigen Stärkung und Dekolonisierung der Berliner Städtepartnerschaften mit dem sog. globalen Süden (u.a. mit Jakarta) stellen die Themen gerechter sozial ökologischer Wandel und Urbane Transformation zwei ihrer Schwerpunkte dar.



Die Aufhebung der Reisebeschränkungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise ermöglichte eine Indonesienreise der Geschäftsführerin im Herbst 2022. Durch diese erfuhren die Beziehungen mit langjährigen Mitstreiter:innen und Partner:innen in Indonesien Belebung und es entstanden neue Vernetzungen mit international wenig bekannten Akteur:innen aus den Bereichen Religions- und Pressefreiheit sowie der Unterstützungsarbeit für politische Gefangene. In den Begegnungen stand der Austausch über aktuelle Entwicklungen, Handlungsbedarfe und Strategien im Mittelpunkt. Gleichsam fand die Projektentwicklung mit Asia Justice and Rights (AJAR) für ein transnationales Projekt zur Stärkung junger Menschenrechtsverteidiger:innen im Bereich Transitional Justice und Erinnerungskulturen einen erfolgreichen Abschluss. Damit kann 2023 mit der Projektarbeit begonnen werden.

Neben den im Rahmen von Projekten oder übergreifend durchgeführten Veranstaltungen und Veröffentlichungen versenden wir regelmäßig zielgruppenspezifische und themenzentrierte Newsletter mit aktuellen politischen Analysen und Nachrichten zu Indonesien und Timor-Leste. Aktuelle Informationen aus unserer Arbeit, der unserer Partnerorganisationen und über politische Ereignisse teilen wir zudem über

Facebook und Twitter. Daneben nahm die Netzwerkarbeit sowie die Lobby- und Advocacyarbeit auch 2022 einen hohen Stellenwert ein.

Watch Indonesia! e.V. ist Mitglied des Westpapua-Netzwerks (WPN), der Internationale Advocacy Netzwerke (IAN), dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V. - Eine Welt der Vielfalt und dem cemEnd-Bündnis. Auch 2022 waren wir in diesen Netzwerken aktiv. Als eine der Trägerorganisationen hat Watch Indonesia! am Aktionsbündnis Regenwald statt Palmöl und dem cemEnd-Bündnis (seit 2023 *end cement*) mitgewirkt und die [Save Kendeng-Kampagne](#) weitergeführt. In der Zusammenarbeit mit dem Westpapua Netzwerk (WPN) stand 2022 die Lobby- und Advocacy-Arbeit im Vordergrund sowie die Bemühung mehr öffentliche und politische Aufmerksamkeit für den Konflikt und die Menschenrechtssituation in Westpapua zu generieren. In der diesjährigen von einem Fachgespräch mit Parlamentarier:innen begleiteten Dossierveröffentlichung der International Advocacy Netzwerke (IAN), zeigten wir die zentralsten menschenrechtlichen Problemstellungen in Indonesien auf und gaben Handlungsempfehlungen.

Besonders gefreut hat uns die Auszeichnung des Dachverbands der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre im September. Gemeinsam mit dem JM-PPK (Netzwerk der Menschen, denen das Kendeng-Gebirge am Herzen liegt) erhielten wir den [Henry Mathews Preis für Konzernkritik 2022](#). Damit wurde nicht zuletzt das jahrelange, mit viel Herzblut durchgeführte Engagement von Aktivist:innen der Save Kendeng-Kampagne gewürdigt.

## PROJEKT: „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“



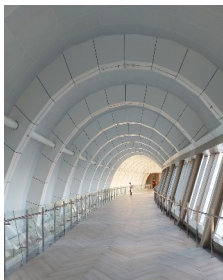
Mitte März 2021 starteten wir mit dem Projekt „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“. In dem überjährigen Projekt widmeten wir uns dem Thema gerechte Stadtentwicklung im Zusammenhang mit urbanem Wachstum und der drohenden Klimakatastrophe.

Im Kontext von urbanen Wachstum, stellen extreme Wetterereignisse und Klimafolgeschäden, Ressourcenverknappung und/oder die Verschärfung sozialer Ungleichheit enorme Herausforderungen dar. In einer nachhaltigen und gerechten Gestaltung Urbaner Transformation bieten sich jedoch auch Chancen, diesen

Herausforderungen zu begegnen.

Mit dem Projekt trugen wir dazu bei, das Thema Urbane Transformation am Beispiel von Berlin und Jakarta in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Denn das Wissen über die Relevanz urbaner Transformation(en) und die Dringlichkeit diese in Hinblick auf globale und soziale Gerechtigkeit – überdies im Zusammenwirken mit dem Klimawandel – zu gestalten, reicht bisher kaum über eine kleine Fachöffentlichkeit hinaus. Dabei stehen für uns die zivilgesellschaftliche Perspektiven aus beiden Ländern im Mittelpunkt – vorrangig die Menschen, die sich für eine gerechte und nachhaltige Stadt stark machen. Indem das Projekt den Austausch dieser Akteur:innen in Indonesien und Deutschland untereinander und mit Fachleuten ermöglicht, Expert:innen ins Boot holt und die so gewonnen Erkenntnisse bereitstellt, informiert und sensibilisiert das Projekt nicht nur die breite Öffentlichkeit, sondern auch politische Entscheidungsträger:innen, relevante Berufsgruppen sowie Nichtregierungsorganisationen und Multiplikator:innen. Das Projekt erhielt Förderung von FEB (Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung) Misereor, Brot für die Welt, sowie der Stiftung Umverteilen und der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit.

## Veröffentlichung



Aus d. Themenheft  
© Watch Indonesia! e.V.

Im Dezember 2022 schlossen wir das gut eineinhalbjährige Projekt mit der Veröffentlichung des Themenhefts „Urbane Transformation in Jakarta und Berlin“ ab. Im Heft kommen aktivistische und wissenschaftliche Perspektiven aus Indonesien und Deutschland zu einer Vielfalt an Themen rund um das Thema Städtewandel gleichermaßen zu Wort. Aus ihren jeweiligen Handlungsfeldern heraus, sei es Stadtplanung, Urban Transition Management, Klimawandelforschung oder städtische Armut, bieten die Autor:innen ihre Analysen, Verbesserungsvorschläge und Handlungsempfehlungen. Das Heft steht auf unserer Webseite zum [Download](#) bereit.

## Veranstaltungen

### *Urban Transformation for Who? - Panel Discussion & Publication Launch (hybrid)*

**16. November**



© Watch Indonesia! e.V.

Zugleich Veröffentlichungsstart der im Rahmen des Projekts entstandenen Publikation „Urbane Transformation in Jakarta und Berlin“ und Expert:innendiskussion stand das Thema Gerechtigkeit im Fokus. Internationale Expert:innen, die teilweise an der Publikation mitgewirkt hatten, diskutierten über die Auswirkungen der Klimakrise auf die Städte, welche Veränderungen notwendig sind und wie ein sozial und global gerechter Übergang zu Nachhaltigkeit in urbanen Räumen realisiert werden kann.

Referent:innen: Rita Padawangi (Singapore University of Social Sciences), Emma Colven (University of Oklahoma) und Mechthild von Vacano (Universität Freiburg); Moderation: Susanna Raab (Bauhaus-Universität Weimar).

**2. November**

### *Leerstand – Verfall – Abriss – Neubau – Profit: Was setzen wir dem entgegen?!*



Auf dieser gemeinsam mit #Mietenwahnsinn, Leerstandhabichsaath und der Berliner Mietergemeinschaft durchgeführten Podiumsdiskussion standen die sozialen und ökologischen Auswirkungen der von Immobilien-Investor:innen angetriebenen Spekulationsstrategie von Leerstand, Abriss und Neubau im Mittelpunkt. Die geladenen Expertinnen berichteten, was diese Strategie für die betroffenen Mieterinnen, die Mietpreis- und Stadtentwicklung bedeutet und wie sie sich auf Umwelt und Klima auswirkt.

Podiumsdiskussion mit Tadzio Müller (Klimaaktivist), Andrej Holm (Stadtsoziologe), Theresa Keilhacker (Netzwerk Aktiv für Architektur), Khai Phung (Watch Indonesia! e.V.).

## Netzwerktreffen

**20. & 21. August**

### *Herausforderungen und Chancen der Urbanen Transformation in Deutschland (hybrid)*

Während des zweitägigen Treffens in Heidelberg kamen Vertreter:innen von Fridays For Future (FFF) Architects For Future, Extinction Rebellion, Watch Indonesia! e.V. und individuelle Aktivist:innen in

Heidelberg zusammen, um sich über die in Deutschland bestehenden Herausforderungen urbaner Transformation und mögliche Lösungsansätze auszutauschen. Im Mittelpunkt des zweitägigen Programms standen soziale und ökologische Fragestellungen sowie die Auslotung einer gemeinsamen Strategie.

Als das zentralste Thema kristallisierte sich die sozial-ökologischen Dimensionen der Bauindustrie heraus. Rohstoffgewinnung für die Herstellung und die Herstellungsweisen von Baustoffen, allen voran Zement sowie soziale Gerechtigkeit im Zusammenhang mit vermehrter Bautätigkeit standen dabei genauso im Fokus wie Unternehmensverantwortung. Dabei richtete sich die Aufmerksamkeit auch auf die Praktiken der HeidelbergCement AG. Fazit des Treffens war die Übereinkunft zur Notwendigkeit einer umfassenden Bauwende.

## **21. September**

### *Urbane Transformation und Übergangsmanagement in Indonesien (hybrid)*

Bei diesem transnationalen Treffen (IND – DE) diskutierten Akteur:innen aus staatlichen und intermediären Institutionen, der Berliner Verwaltung, der Wissenschaft und aus der Zivilgesellschaft über die zentralen Herausforderungen für Jakarta und deren Stadtgesellschaft sowie über Lösungsansätze. Im Bereich der Problemstellungen, nahmen hier die Themen Armut, Überflutung und geringe Partizipationschancen der Bevölkerung an Planungsprozessen sowie einige politische Rahmenbedingungen einen besonderen Stellenwert ein. Als Lösungsansätze wurden das Konzept der „smart city“, mehr intersektorale Planung und die stärkere Beteiligung der Stadtgesellschaft sowie die Methodenentwicklung hierfür besprochen.

## **Fachgespräch**

## **29. September**

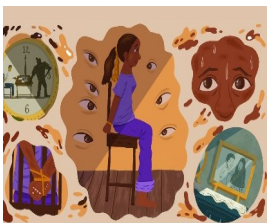
Die Arbeitsgruppe für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen der SPD-Bundestagsfraktion lud zum Fachgespräch zum Thema „Grüner Zement“ ein. Diskussionsgegenstände waren die Entwicklungen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Produktionsprozess, deren Einsatzmöglichkeiten und die damit verbundenen Chancen und Risiken. In der Runde mit Klara Geywitz (Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen) und Vertreter:innen der Zement- und Bauindustrie sowie dem Deutschen Institut für Bautechnik, konnten wir auf konkrete die konkreten Auswirkungen und Missstände in Indonesien aufmerksam machen.

## **THEMEN: Straflosigkeit & Frauenrechte**

## **26. August**

### *Wahrheit & Gerechtigkeit in Indonesien und Timor-Leste*

(Informations- und Diskussionsveranstaltung)



Grafik: M. Harits

Vorführung der beiden kurzen dokumentarischen Animationsfilme KontaSai und 8:45 von Kartika Pratiwi. Die Filme sind das Ergebnis eines Projekts von AJAR - Asia Justice and Rights) mit dem Titel *Making the Right to Truth Tangible* (Das Recht auf Wahrheit greifbar machen), in dem die Erfahrungen von Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen sowohl in Aceh (Indonesien) als auch in Timor-Leste dokumentiert wurden.



Gemeinsam mit **Indria Fernida**, regionale Programmkoordinatorin bei AJAR, diskutierten wir über die im jeweiligen Kontext verübten Menschenrechtsverletzungen und den Stand der Aufarbeitung.

Moderation: Christine Holike (Watch Indonesia!); Sprachen: Indonesisch, Englisch.

## 14. September

### *Artistic Perspectives on Human Rights and Impunity in Indonesia*



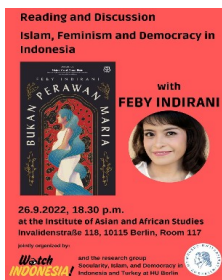
Mord am Menschenrechtsverteidiger Munir (Bild: Yayayak, Foto: ©Andreas Harsono).

In Gedenken an die in Indonesien 1965/66 verübten anti-kommunistischen Massaker, deren Auswirkungen Politik, Gesellschaft und Kultur bis heute prägen, widmete sich die Veranstaltung der Rolle von Kunst und Kultur in der Aufarbeitung. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Zeitzeugeninterview. In der anschließenden Podiumsdiskussion stellten Künstler:innen und Menschenrechtsexpert:innen ihre Projekte vor und diskutierten darüber, welche Rolle Kunst bei der Aufarbeitung von schweren Menschenrechtsverletzungen spielen und wie sie zur Überwindung von Straflosigkeit beitragen kann.

Podiumsdiskussion mit Andreas Harsono (Human Rights Watch), Elsa Clavé (Universität Hamburg) und Rianto (Lengger-Tänzer und Choreograph), Moderation: Camilla Kussl (Watch Indonesia!).

## 26. September

### *Lesung und Diskussion mit Feby Indirani: Not Virgin Mary*



Feby Indirani ist eine indonesische Autorin, deren Werke hauptsächlich Frauen und marginalisierte Gruppen in den Mittelpunkt stellen. Die von ihr ins Leben gerufene Kampagne "Relax, It's Just Religion" fördert die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit durch Kunst und Aktivismus. Die Autorin las aus ihrem international beachteten und 2017 erschienen Buch "Bukan Perawan Maria" vor (Nicht Jungfrau Maria). Die anschließende Diskussion bot einen Austausch über die Themen Religion und Frauenrechte. Sprachen: Indonesisch, Englisch und Deutsch.

Veranstalter:innen: Watch Indonesia! e.V und die Freigeist Research Group "Secularity, Islam, and Democracy in Indonesia and Turkey" der Humboldt-Universität zu Berlin.

## Externe Veranstaltungen

**10. Januar:** Klimakiller Beton - HeidelbergCement, Klimaschutz und Menschenrechte, Online-Diskussionsveranstaltung der Melanchthon Akademie Köln und in Kooperation mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.

**17. Februar:** Parlamentarisches Frühstück Menschenrechte 2022: Aktuelle Lage in 17 Ländern. Politische Handlungsoptionen; Teilnahme und Mitwirken im Rahmen der Internationale Advocacy Netzwerke

**15. März:** Fachaustausch mit dem Künstler:innenkollektiv ruangrupa in Kassel.

**09. März:** Fachaustausch und Input beim Vernetzungstreffen Frauen\* in der Berliner (Entwicklungs-)Politik, veranstaltet vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag.

**29. März:** Fachtag Sand, Vortrag bei Podiumsgespräch und Referentin bei Podiumsdiskussion in der Evangelischen Stadtakademie München.

**22. & 23. Juli:** Globale Mittelhessen - Sommerkino Filmreihe Ressourcengerechtigkeit  
Filmgespräch "Our mother's Land".

**02. August:** Infostand bei der Eröffnungsfeier des Berlin Global Village.

**10. September:** Preisverleihung Henry-Mathews-Preis des Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre an Watch Indonesia! e.V.

**22. Oktober:** Globale Mittelhessen - Sommerkino Filmreihe Ressourcengerechtigkeit,  
Filmgespräch "Our Mother's Land".

**24. November:** Fachauskunft zum Lieferkettenschutzgesetz im Rahmen des vom CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung veranstalteten Workshops "Zum Inkrafttreten des Lieferkettengesetzes: Konkrete Fallarbeit und kritische Begleitung".

## AKTIONEN: Umwelt & Menschenrechte

Neben dem Projekt „Urbane Transformation“ und der damit verbundenen Informations- und Bildungsarbeit blieb die Zementindustrie ein Kernthema unserer Arbeit. Dabei nahm die Save Kendeng-Kampagne weiterhin einen großen Stellenwert ein. Gleichzeitig geriet das Thema „grüne Infrastruktur“ in den Fokus.

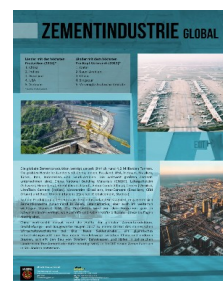
### Save Kendeng-Kampagne

Das Kendeng-Karstgebirge und seine Bewohner:innen in der Region um Pati, Zentraljava sind durch die deutsche HeidelbergCement AG bedroht ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Ein Tochterunternehmen von HeidelbergCement, die indonesische PT Indocement plant, eine Zementfabrik zu errichten und Karstgestein dort abzubauen. Seit beinahe einem Jahrzehnt kämpft die lokale Bevölkerung gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und den Ausverkauf eines wertvollen Ökosystems.

Auch in diesem Jahr sorgten wir gemeinsam mit unseren Netzwerkpartner:innen in Indonesien und im Rahmen des von uns mit gegründeten CemEnd-Bündnis für die kritische Begleitung der jährlichen Aktionärsversammlung der HeidelbergCement AG. Diese fand am 12.05.2022 als rein virtuelle Veranstaltung statt. Hierin hatten wir erneut die Möglichkeit am Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre mitzuwirken. Dieser zielte auch dieses Jahr wieder auf die Nicht-Entlastung des Vorstands durch die Aktionär:innen ab. Mit Unterstützung des Dachverbands richteten wir gemeinsam mit der JM-PPK (Jaringan Masyarakat Peduli Pegunungan Kendeng – Netzwerk der Menschen, denen das Kendeng-Gebirge am Herzen liegt) erarbeitete Fragen an den Vorstand und forderten die HeidelbergCement AG erneut dazu auf die Menschenrechte, insbesondere die Rechte indigener Gruppen zu achten sowie den Umwelt- und Klimaschutz endlich ernst zu nehmen.

Begleitet wurde dies durch Protestaktionen einer insgesamt internationalen und vor allem solidarischen Bewegung. So riefen wir mit dem CemEnd-Bündnis und anderen Aktivist:innen zu einer Solidaritäts-Fotoaktion in Sozialen Medien auf, lancierten eine gemeinsame [Presseerklärung](#) und unterstützten die Verbreitung von [Solidaritäts-Botschaften](#).

Die im Rahmen der Save Kendeng-Kampagne entstandene und 2021 online gestellte Posterausstellung „[Klimakiller Zement](#)“ war vom 10. bis 28. September in der Melanchthon-Akademie Köln zu sehen. Die Wanderausstellung umfasst neun Poster. Immer dort wo die Ausstellung gezeigt werden soll, können lokale



Poster d. Ausstellung  
"Klimakiller Zement"



Initiativen ein eigenes Poster zum Thema "Zement und die Folgen" gestalten, das dann wiederum in die Online-Ausstellung integriert wird.

## Green Infrastructure Initiative

Die von der Vorgängerregierung im Jahr 2019 beschlossene und ab 2021 begonnene Deutsch-Indonesische Initiative zum Ausbau der Grünen Infrastruktur (GII-Initiative) soll bis 2025 bis zu 2,5 Milliarden Euro überwiegend als Darlehen für klima- und umweltrelevante Infrastruktur in städtischen Räumen mobilisieren. Sie zielt auf den Ausbau nachhaltiger Mobilität sowie auf Abfall, Wasser- und Abwassermanagement. Gemeinsam mit Misereor haben wir ein Briefing verfasst, das wir weitläufig versandt haben und in Lobby- und Informationsgesprächen einsetzen. Ferner diente es als Diskussionsgrundlagen in fachrelevanten Vernetzungstreffen mit Partner:innen in Indonesien. In dem Papier fordern wir den sozial gerechten, inklusiven wie auch transparenten Ausbau grüner Infrastruktur und zeigen auf in der indonesischen Innenpolitik diesbezüglich bestehende Hürden auf. Gleichsam machen wir auf die unseres Erachtens bestehenden Leerstellen in der GII-Initiative aufmerksam. So dringen wir darauf, einen expliziten Fokus auf arme und vulnerable Bevölkerungsgruppen zu legen. Ferner verlangen wir, das Thema Dekarbonisierung der Elektrizität miteinzubeziehen und in jedem Stadium eines Projekts, soziale Gerechtigkeit, zu priorisieren – angefangen bei den Auswirkungen der Standortwahl und/oder der Ressourcengewinnung auf die betroffene Bevölkerung bis zum den sich aus den Infrastrukturen abgeleiteten Nutzen.

## Henry-Mathews-Preis 2022 an Watch Indonesia! und die JM-PPK

Gemeinsam mit der Bürger:inneninitiative JM-PPK (Jaringan Masyarakat Peduli Pegunungan Kendeng, „Netzwerk der Menschen, denen das Kendeng-Gebirge am Herzen liegt“) erhielten wir vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen den [Henry Mathews Preis für Konzernkritik 2022](#). Die Preisverleihung fand im Rahmen der Jahrestagung des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre am 10. September 2022 in der Melanchthon Akademie Köln statt. Nach einer Vorstellung von Watch Indonesia! (Leona Pröpfer) und einer thematischen Einführung sowie Vorstellung der Save Kendeng-Kampagne (Josephine Sahner), nahm unser Vorstandsmitglied Basilisa Dengen den Preis entgegen.



Gunretno, Basilisa Dengen (v.l.n.r.), ©Dachverband Kritische Aktionärinnen & Aktionäre.

Gunretno, Angehöriger der Samin und Gründungsmitglied der JM-PPK wurde online dazugeschaltet. In seiner Rede, betonte er, dass sich die Bürger:inneninitiative nicht nur für die Belange der Menschen im Bezirk Pati einsetze, sondern in Solidarität auch für die Menschen in den weiteren Nachbarbezirken der Karstregion einstehe. Schließlich bildet das Kendeng Gebirge für alle eine physische wie spirituelle Lebensgrundlage. Die [Laudatio](#) zum Preis hielt Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbands.

Als Watch Indonesia! e.V. danken wir der Geschäftsstelle des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre sowie seinen Vorständen und Mitgliedern.

## PROGRAMM: Eine-Welt-Promotorin

Seit dem 1.1.2022 fungiert Watch Indonesia als einer der Berliner Trägervereine für eine Stelle des Eine Welt-Promotor:innen-Programms. Die Arbeit der Eine-Welt-Promotor:in, Leona Pröpfer, konzentriert sich auf das Thema Menschenrechte in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit. Mit besonderem Fokus auf Maßnahmen im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation bearbeitet sie auf Berliner Landesebene die in Punkto Menschenrechte und globale Gerechtigkeit klaffenden Leerstellen. An den Schnittstellen zu

unserem Projekt „Urbane Transformation“ und dem Arbeitsbereich Menschenrechte und Demokratie, trägt sie zivilgesellschaftlichen (Lösungs-)Perspektiven und unterrepräsentierte Menschenrechtsthemen bezüglich Indonesiens auf die landespolitische Bühne. Übergeordnetes Ziel ihrer Tätigkeit ist, die Perspektiven und Forderungen jener Menschen, die besonders stark von den Folgen der Klimakrise, aber auch von den Auswirkungen von im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation verfolgten Projekte (z.B. durch (Zwangs-)Umsiedlungen, Rohstoffabbau und -verarbeitung) betroffen sind, in die Gestaltung diesbezüglicher Maßnahmen und entwicklungspolitischer Kooperationen einzubinden.

Das erste Jahr ihrer Tätigkeit stand ganz im Zeichen der Informations- und Bildungsarbeit über in Indonesien prävalente menschenrechtliche Problemstellungen im Zusammenhang mit Rohstoffabbau und -verarbeitung. Angesichts der bereits jetzt in Indonesien beobachtbaren katastrophalen Umweltschäden im Zuge seiner Gewinnung und Verarbeitung, war Nickel – das essenziell für die Realisierung einer auf Elektromobilität setzenden Verkehrswende ist – hier ein wichtiges Themenfeld.

In enger Zusammenarbeit mit Kolleg:innen und Partner:innen aus Indonesien brachte die Promotorin zivilgesellschaftliche Analysen und Lösungsvorschläge ins Sichtfeld der im umwelt- und menschenrechtspolitischen Bereich aktiven Berliner Zivilgesellschaft sowie der Öffentlichkeit. Ziel war dabei auch, die verbreitete Fokussierung auf Probleme und den gängigen Ansatz der Konsumlösung anzureichern. Als ein wichtiges Beispiel hierfür dienten in Bezug auf die indonesische Palmölindustrie verfolgte Just-Transition-Ansätze, bei denen Gewerkschaften, Umweltaktivisten und Indigene gemeinsam in einem transnationalen Netzwerk an einer sozial-ökologischen Transformation arbeiten.

Ein weiterer Arbeitsfokus der Eine-Welt-Promotorin ruht auf die stärkere Verankerung von menschenrechtsbasierten und zivilgesellschaftlichen Perspektiven in Berliner Kooperationsprojekten mit dem sog. globalen Süden. Hierfür arbeitet die Promotorin gemeinsam mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag u.a. daran, die Berliner Städtepartnerschaften mit Jakarta, Mexiko-Stadt und Windhoek auf ein stärkeres zivilgesellschaftliches Fundament zu stellen.

### **Auswahl an öffentlichen Veranstaltungen**

- Fachgespräch und Podiumsdiskussion: Wie Sand am Meer? - Zum nachhaltigen Umgang mit Sand als global knapper Ressource 29.03.2022
- Vortrag zu Auswirkungen des Rohstoffabbaus in Indonesien bei Ausstellung zu Rohstoffwende von INKOTA-Netzwerk e. V. 04.06.2022
- Podiumsdiskussion: Glokal handeln #3: Entwicklungszusammenarbeit & Rechte Indigener Menschen 23.09.2022
- Radio-Interview für Kotti Shop On Air, Folge #34, zu entwicklungspolitischen Perspektiven auf und Handlungsoptionen für eine sozial-ökologische Stadtentwicklung 13.11.2022
- Podiumsdiskussion: Shoppen und Schuften von MoveGlobal mit Input zu Menschenrechten und sozial-ökologischer Transformation im Palmöl-Sektor in Indonesien 12.12.2022

## **NETZWERKE**

### **International Advocacy Netzwerke**

*Watch Indonesia!* engagiert sich seit vielen Jahren im Bündnis *Internationale Advocacy Netzwerke (IAN)*, das sich für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Afrika, Asien und Lateinamerika einsetzt. Als Bündnis laden wir Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu Fachgesprächen und Parlamentarischen

Frühstücken ein. Ferner stellen wir in den regelmäßig erscheinenden Dossiers und Briefings Ländersituationen vor und geben Handlungsempfehlungen. In Hinblick auf die neue Zusammensetzung des Bundestags nach den Wahlen im Herbst 2021 und die zahlreichen neuen Abgeordneten, befasste sich das im Berichtsjahr erschienene und von einem virtuellen Parlamentarischen Frühstück flankierte Dossier mit den zentralsten Menschenrechtsthemen in den jeweils im Bündnis vertretenen Länder und Regionen.

### **Westpapua-Netzwerk**

Watch Indonesia! ist aktives Mitglied des deutschen Westpapua Netzwerkes (WPN) und seit September 2022 wieder im Beirat vertreten. Gemeinsam wahrgenommene Lobbytermine, gemeinsam erstellte Menschenrechtsberichte und gemeinsame Veranstaltungen sind ein wichtiger Teil unseres Engagements für die Menschen und Umwelt in Papua. Im Trio mit der Stiftung Asienhaus erfolgte 2022 die weitere Konzeptionierung und Planung, des Veranstaltungsformats **#TalkAboutPapua**. Das Format soll mittels zwei bis drei Veranstaltungen pro Jahr über Westpapua informieren. Im Berichtsjahr arbeiteten wir gemeinsam am öffentlichen Erscheinungsbild (Design, Logo, etc.) sowie an der Feinplanung. Die konkrete Umsetzung ist für 2023 geplant. Darüber hinaus verfassten wir eine gemeinsame [Einreichung](#) für den vierten Zyklus der regelmäßigen Überprüfung der Menschenrechtslage (*Universal Periodic Review, UPR*) des UN-Menschenrechtsrats für Indonesien. Diese flankierten wir mit Lobbygesprächen mit Bundestagsabgeordneten.

### **CemEND Bündnis**

Durch das Engagement im Save Kendeng Netzwerk wurde Watch Indonesia! 2020 von Aktivist:innen von Extinction Rebellion und den Architects for Future angesprochen und hat mit diesen Gruppen das cemEND Bündnis gegründet. Im Jahresverlauf 2022 traf sich das Bündnis regelmäßig zum Austausch und zur Erarbeitung gemeinsamer Strategien und Aktivitäten. Das Bündnis wendet sich mit seinen Forderungen an vordringlich an HeidelbergCement als weltweit zweitgrößter Zementhersteller. Es fordert umfassenden Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten in der Zementindustrie. Mehr Informationen gibt es hier <https://cemend.earth/>. Im Bündnis und mit der Unterstützung des Dachverbands der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre sorgten wir mit Protesten, Pressemitteilungen und Fragen an die Aktionär:innen auch 2022 für die kritische Begleitung der Aktionärsversammlung der HeidelbergCement AG.

### **Indonesien-Austausch**

Auf Impuls der Länderreferentin Indonesien von Misereor kamen im Juni Vertreter:innen aus verschiedenen zu Indonesien arbeitenden Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerken zu einem ersten Treffen zusammen. Die Treffen finden mehrmals im Jahr statt und dienen dem fachlichen Austausch sowie der Vernetzung. Wir nehmen regelmäßig daran teil und leisten fachlichen Input.

### **BER**

Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag / Eine Welt Stadt Berlin koordiniert das von der Stiftung Nord-Süd-Brücken verwaltete Berliner Eine-Welt-Promotor:innenprogramm. Im Berliner Promotor:innen-Programm setzt sich ein Team von acht Expert:innen für mehr entwicklungspolitisches Engagement ein. Im Rahmen dieses bundesweiten Programms fungiert Watch Indonesia! e.V. seit Jahresanfang für den Zeitraum von drei Jahren als einer der beteiligten Berliner Vereine.

Zudem arbeiten wir gemeinsam mit dem BER (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag – Eine Welt Stadt Berlin) weiter daran, die Städtepartnerschaften Berlins mit Städten des sog. Globalen Südens, also Jakarta, Windhoek, Mexico City, mit zivilgesellschaftlichem Leben zu füllen. Ziel ist die Etablierung eines in der

Senatskanzlei angesiedelten Modellprojekts für zukunftsfähige Partnerschaften Berlins mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden. Im Mittelpunkt steht die Bewältigung (geteilter) globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Frieden, Demokratieabbau, Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und globale Ungleichheit. Zentrale Herangehensweise dabei ist, die Inklusion gerade jener zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die über wenig institutionelle oder gar internationale Vernetzung verfügen.

Die Schnittstelle zum Eine-Welt-Promotor:innenprogramm und die Arbeit zur Konzeptionierung der Städtepartnerschaften bieten einen Rahmen dafür, die aus der Sicht unserer indonesischen Partner:innen wichtigen Themen, Ziele und Forderungen auch auf der Landesebene mit auf die Agenda zu setzen.

## LOBBY- UND ADVOCACY

Am 17.2.2022 lud Watch Indonesia! gemeinsam mit den *Internationale Advocacy Netzwerke* (IAN) Parlamentarier:innen und Mitarbeitende zum Parlamentarischen Frühstück. Das IAN stellte sich den neuen Abgeordneten vor und präsentierte das diesjährige Dossier ["Menschenrechte 2022. Aktuelle Lage in 17 Ländern. Politische Handlungsempfehlungen"](#). Die Beiträge des Dossier liefern einen Überblick über die menschenrechtlichen Problemstellungen der jeweiligen Länder und Regionen und geben länderspezifische Handlungsempfehlungen, die von der neuen Bundesregierung und den Abgeordneten des neu gewählten Bundestages nach Ansicht des Bündnisses aufgegriffen werden müssten. Der darin von Watch Indonesia verfasste Artikel titelte „Wirtschaftswachstum um jeden Preis: Die zunehmende Aushöhlung von Menschenrechtsstandards“. Im Anschluss an die Lobbyveranstaltung wurde das Dossier veröffentlicht und an relevante Kreise in Politik und Zivilgesellschaft verschickt.

In Zusammenarbeit mit dem Westpapua-Netzwerk verfassten wir eine gemeinsame [Einreichung](#) für den vierten Zyklus der regelmäßigen Überprüfung der Menschenrechtslage (Universal Periodic Review, UPR) des UN-Menschenrechtsrats für Indonesien. Diese versandten wir an relevante Abgeordnetenbüros, Ausschüsse und Arbeitsgruppen und flankierten sie mit Lobbygesprächen mit Bundestagsabgeordneten. Einige Abgeordnete konnten aus zeitlichen Gründen nicht für ein Gespräch gewonnen werden, zeigten sich jedoch interessiert und zugänglich. Realisiert werden konnten Gespräche mit Bärbel Kofler (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsam mit dem Länderreferenten ASEAN für Umwelt, Herrn Tantow sowie Monika Grütters (CDU) Vorsitzende des Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und zivile Krisenprävention und dem Büro Frank Frank Müller-Rosentritt (FDP), Auswärtiger Ausschuss und Parlamentariergruppe ASEAN. In den Gesprächen gelang es, den Papuakonflikt und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen deutlicher ins Blickfeld zu rücken. Unsere Anregung Maßnahmen der Friedenssicherung und der Entwicklungszusammenarbeit stärker zusammen zu denken sowie die Zivilgesellschaft mehr in friedenssichernde Maßnahmen einzubinden, wurde interessiert aufgenommen. In Bezug auf den Papuakonflikt, stellte MdB Grütters in Aussicht, sich mit dem Auswärtigen Amt abzustimmen und das Thema gegebenenfalls auf die Agenda des Unterausschusses zu setzen. Hinsichtlich des aus unserer Sicht wichtigen Anliegens, genauer auszuloten wie die Entwicklungszusammenarbeit zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Indonesien und Westpapua beitragen kann, wurde vereinbart weiter im Gespräch zu bleiben und ein direkterer Zugang und Austausch mit den relevanten BMZ-Referent:innen in Aussicht gestellt.

In einem gemeinsam mit Indria Fernida, Regionalkoordinatorin für Asia Justice and Rights geführten Lobbygespräch mit der Referentin für Indonesien und Timor-Leste des Auswärtigen Amtes im August, verliehen wir der Submission ebenfalls Nachdruck. Im Zusammenhang mit den in der Submission erwähnten Herausforderungen im Bereich Indigenenrechte betonten wir die von der Bundesregierung ratifizierte ILO-

Konvention 169 zum Schutz der Rechte Indigener Völker und forderten zur Umsetzung, insbesondere im Bereich Entwaldung und illegale Landnahmen auf. Frau Plecher-Hochstrasser bedankte sich für den Hinweis auf die ILO 169 und stellte in Aussicht, sich damit eingehender zu befassen. Ebenfalls brachten wir den Fall Munir ebenso zur Sprache wie den Fall der beiden der Verleumdung beschuldigten Menschenrechtsverteidiger:innen Fatia Maulidiyanti und Haris Azhar. Es wurde versprochen, die Fälle in bilateralen Gesprächen mit indonesischen Regierungsvertreter:innen anzusprechen.

## MEDIEN- UND PRESSE

Mit Pressemitteilungen und offenen Briefen wenden wir uns an Politik und Medien. Wir werden auch von Journalistinnen und Journalisten für Stellungnahmen und Interviews angefragt oder in Beiträgen anderer erwähnt. Zudem verfassen wir eigne Pressemitteilungen und Artikel und beteiligten uns an Eilaktionen und gemeinsamen Presseerklärungen oder offenen Briefen. Darüber hinaus liefern wir Fachbeiträge in Zeitschriften und Zeitungen.

### Eigene Beiträge

| Kategorie                                                                                                                                                                              | Titel                                                                                                  | Datum             |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| Gemeinsames Papier mit Handlungsempfehlungen (IAN)                                                                                                                                     | Indonesien - Wirtschaftswachstum um jeden Preis: Die zunehmende Aushöhlung von Menschenrechtsstandards | 3. März 2022      |
| Zeitungsartikel                                                                                                                                                                        | Neue Hauptstadt, alte Probleme. Indonesien soll eine neue Hauptstadt bekommen, Junge World             | 25. März 2022     |
| Gemeinsame Einreichung mit dem Westpapua-Netzwerk für die allgemeine regelmäßige Überprüfung (UPR) des UN-Menschenrechtsrats der Republik Indonesien, 4. Zyklus (7.-18. November 2022) | Universal Periodic Review (UPR) of the Republic of Indonesia                                           | März 2022         |
| Gemeinsame Pressemitteilung mit dem cemEND-Bündnis                                                                                                                                     | Pressemitteilungen zur Hauptversammlung von HeidelbergCement                                           | 11. Mai 2022      |
| Radiointerview                                                                                                                                                                         | Radiointerview zum Thema Zement und Urbane Transformation, Radio Kotti                                 | 08. November 2022 |
| Information und Analyse (eigene Webseite)                                                                                                                                              | G20-Gipfel im Zeichen der Multikrise – Wo steht Indonesien?                                            | 08. November 2022 |

### Erwähnung in anderen Medien

- Neues Deutschland, 07.11.2022, Die Lösung liegt im Bestand - Nicht nur, um das Klima zu schützen, müssen Abrisse verhindert werden, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1168207.klimaschutz-die-loesung-liegt-im-bestand.html>,
- Taz, 03.11.2022, Abriss, der verbindet <https://taz.de/Diskussionsveranstaltung-in-Berlin/!5889039/>, Yonas Wahmko

# Wen wir erreicht haben

Unsere Aktivitäten adressierten auch 2022 sowohl die entwicklungspolitische Fachöffentlichkeit als auch Multiplikator:innen und Einzelpersonen, die sich für Indonesien und Timor-Leste interessieren. In den rund 75 Anfragen, Netzwerk- und Kooperationstreffen interagierten wir mit der Presse, politischen Stiftungen, Menschenrechtsorganisationen und entwicklungspolitischen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, Gemeinden, der Berliner Verwaltung, Universitäten und freien Bildungseinrichtungen.

Unsere Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Veranstaltungsbeiträge richteten sich auch dieses Jahr an zivilgesellschaftliche Akteur:innen der Handlungsfelder Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit, die Fachöffentlichkeit sowie politische Entscheidungsträger:innen und die interessierte Öffentlichkeit in Deutschland, Indonesien und im europäischen Ausland.

Im Bereich **Umwelt** haben wir durch die (Mit-)Organisation von Protestaktionen und der Mitwirkung an Veranstaltungen im Zusammenhang mit der HeidelbergCement AG mit Social Media Aktionen, Pressearbeit und Referent:innentätigkeiten zahlreiche Menschen auf die Situation der Kleinbäuer:innen im Kendeng Gebirge, die Save Kendeng-Kampagne und das Thema (globale) Unternehmensverantwortung in der Zementindustrie aufmerksam gemacht. Wir lieferten Informationen und Handlungsempfehlungen für Interessierte und bereits Engagierte sowie Entscheider:innen aus Politik und Wirtschaft und sorgten im Rahmen der Aktionärsversammlung mit unbequemen Fragen an die Geschäftsführung der HeidelbergCement AG für mehr Transparenz.

Mit all dem haben wir auch dazu beigetragen, Forderungen nach sofortigem Umwelt- und Klimaschutz sowie der Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten in der Zementindustrie weiter nach vorne zu bringen.

Mit den unmittelbar im Projekt „Urbane Transformation“ durchgeführten Veranstaltungen erreichten wir insgesamt 102 Teilnehmer:innen. Das im November erschienene Themenheft „Urbane Transformation in Jakarta und Berlin“ wurde, darüber hinaus, an 150 Stakeholder versandt und zum Jahresende 35 Mal von unserer Webseite heruntergeladen. Weitere Veranstaltungen und Veranstaltungsteilnahmen im Rahmen des Projekts und im Umweltbereich zusammengekommen erreichten rund 270 Teilnehmende. Dabei stachen die Podiumsdiskussion im Rahmen des Fachtags am 29. März zu Sand, Wirtschaft und Nachhaltigkeit sowie die Veranstaltung „Leerstand – Verfall – Abriss – Neubau – Profit: Was setzen wir dem entgegen?!“ hervor.

Auch im Bereich **Demokratie und Menschenrechte** führten wir Diskussionsveranstaltungen und Webinare zu aktuellen Menschenrechtsthemen durch oder wirkten an Veranstaltungen anderer Organisationen mit. Das im November 2021 veröffentlichte Themenheft Demokratie in Indonesien und Timor-Leste wurde 2022 immerhin noch einundzwanzig mal heruntergeladen und das Vorgängerheft „Menschenrechte“ vierundzwanzig Mal.

An der ursprünglich im Rahmen der *documenta fifteen* geplanten und nach Berlin verlegten Veranstaltung „Artistic Perspectives on Human Rights and Impunity in Indonesia“ nahmen 24 Menschen teil. Die Teilnehmenden setzten sich aus in der BRD lebenden Mitgliedern der indonesischen Diaspora, der Presse, Studierenden und Fachpublikum aus relevanten Nichtregierungsorganisationen zusammen. Der anschließende informelle Teil förderte transnationale Vernetzung.

Die Veranstaltung „Wahrheit und Gerechtigkeit in Indonesien und Timor-Leste“ mit Indria Fernida von Asia Justice and Rights (AJAR) am 26. August bot einem Forum aus Akteur:innen der zivilen Konfliktbearbeitung und Übergangsjustiz sowie Mitgliedern die Möglichkeit die Animationsfilme Konta Sai und 8:45 von Kartika Pratiwi zu sehen und in intensiven Austausch miteinander zu treten.

Die am 26. September in Kooperation mit der am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin angesiedelten Freigeist Research Group "Secularity, Islam, and Democracy in Indonesia and Turkey" durchgeführte Veranstaltung „Islam, Feminism and Democracy“ mit Feby Indirani Lesung und Diskussion“ mit Feby Indirani zog fünfundzwanzig Studierende, Wissenschaftler:innen und weitere Interessierte an.

Mit den zu „Our Mother’s Land“ von Febriana Firdaus im Rahmen der „Globale Mittelhessen - Sommerkino Filmreihe Ressourcengerechtigkeit“ angebotenen Filmgespräche im Juli und Oktober konnten wir etwa 115 Personen einer an entwicklungs- und umweltpolitischen Themen interessierten Öffentlichkeit über diesbezügliche menschenrechtliche Herausforderungen in Indonesien informieren.

Im Rahmen des Parlamentarischen Frühstücks „Menschenrechte 2022: Aktuelle Lage in 17 Ländern. Politische Handlungsoptionen“ gelang es 19 Parlamentarier:innen und Mitarbeiter:innen des Deutschen Bundestages für die Menschenrechtslage u.a. in Indonesien zu sensibilisieren und Handlungsimpulse zu setzen. Das begleitende Dossier wurde zum Jahresende achtzehn Mal von unserer Webseite heruntergeladen.

## Soziale und digitale Medien

Unsere Webseite wurde 15.780 Mal aufgerufen wobei das Gros der Aufrufe beinahe zu gleichen Teilen aus Indonesien und Deutschland stammte. Die geografische Reichweite umfasst alle Kontinente und 120 Länder.

Zum 31.12.2022 verzeichnet die Facebook-Seite mit einem Anstieg von rund 93 Personen 967 Follower (Vorjahr: 874 ) und insgesamt 897 Likes. Wir erreichen etwa gleich vielen Frauen wie Männern in einer Alterspanne von 25 bis über 65 in zehn Ländern.

Unserem Twitter Account folgten am Jahresende 206 Einzelpersonen und Organisationen; 40 mehr als das Jahr zuvor. Mit unserem elektronischen Newsletter informieren wir einen breiten Kreis von Interessierten über die tagespolitischen Entwicklungen in Indonesien und Timor-Leste, Veranstaltungen in Deutschland, dem benachbarten Ausland u.v.m.. Mit diesem regelmäßig versandten Newsletter, der zielgruppengerecht aufbereitete relevante Informationen aus der Presse und unseren Netzwerken sowie aus unserer Arbeit enthält, erreichten wir 1798 Personen auf regelmäßiger Basis. Durchschnittlich öffnen etwa 35% der Empfänger:innen den Newsletter regelmäßig. Das sind fünf Prozent mehr als vergangenes Jahr. 2022 versendeten wir 32 Newsletter.

## Was wir erreicht haben

Über unsere entwicklungspolitische Bildungsarbeit sowie durch öffentliche Vorträge, Teilnahme an Konsultationen (z.B. BMZ), unsere Beteiligung an Netzwerken und unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit blieben die Themen Menschenrechte, Umwelt und Demokratisierung in Indonesien und Timor-Leste in Deutschland präsent.

Die Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Deutschland, Indonesien und Timor wurde auch 2022 weiter als verfolgt. Insbesondere unsere Veranstaltungen zu Straflosigkeit und Transitional Justice sowie die Netzwerktreffen im Rahmen des Projekts Urbane Transformation brachten eine Vielfalt an Akteur:innen in den Austausch, die sich sonst nicht begegnet wären.

Unsere umweltpolitischen Aktivitäten informierten die relevanten Zielgruppen über umwelt-/klimaschädliche und die Menschenrechte gefährdenden Praktiken im Zusammenhang mit

Zementproduktion, Entwaldung, Ressourcengewinnung und Infrastrukturentwicklung und befähigten sie für eine Verbesserung der Situation einzutreten.

Eine kritische Auseinandersetzung über die politische Entwicklung Indonesiens zu ermöglichen, war auch 2022 wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Mit unseren Projekten und Maßnahmen in den verschiedenen Themenbereichen, befähigten wir die Zielgruppen nicht nur dazu, unterschiedliche Informationsquellen, die Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Timor-Leste behandeln, einzuordnen und kritisch zu bewerten. Auch stärkten wir in diesen Bereichen aktive zivilgesellschaftliche Akteur:innen für ihre Belange einzutreten und boten Räume für transnationalen Austausch und Vernetzung. MdB, Regierungsorganisationen und Akteur:innen der Entwicklungszusammenarbeit ermöglichten wir Zugang zu Positionen der indonesischen Zivilgesellschaft, insbesondere von Betroffenen von Menschenrechtsverstößen und umweltpolitischen Akteur:innen.

## Netzwerke – Bildungsarbeit – Lobby – Projekte

Mit unserem Engagement in den Netzwerken, unserer entwicklungspolitischen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in den einzelnen Teilprojekten und darüber hinaus sowie mit unserer Lobbyarbeit erreichten wir auf verschiedenen Ebenen angesiedelte Multiplikator:innen. Lehrpersonen, Aktivist:innen, Mitarbeiter:innen politischer Stiftungen und kirchlicher Hilfswerke wie auch Entscheider:innen in Politik und Wirtschaft vermittelten wir von indonesischen zivilgesellschaftlichen Perspektiven getragene Informationen und Handlungsempfehlungen. Wir ermöglichten transnationale Begegnungen, Austausch und Dialog.

## Onlinepräsenz und Social Media

Unserer **Homepage** bietet sowohl ein mehrsprachiges Angebot an Berichten, Veranstaltungshinweisen und weiterführenden Links zu einer breiten Palette von Themen und Organisationen, als auch die Ergebnisse unserer Arbeit: Themenhefte, Menschenrechtsberichte und Flyer, Presseerklärungen, Briefings, Statements, offene Briefe, und nicht zuletzt, das Archiv der SUARA – Zeitschrift für Indonesien und Osttimor.

Unsere Präsenz auf **Facebook** haben wir 2022 weiter ausgebaut. Während in den Vorjahren meist eigene Veranstaltungen und Neuigkeiten aus dem Verein publiziert wurden, sind wir schon 2019 dazu übergegangen, auch relevante Petitionen und Berichte über tagespolitische Entwicklungen mit besonderer Bedeutung sowie für die Vereinszwecke relevante Pressemitteilungen und Aufrufe von Partnerorganisationen zu verbreiten. Dies führt auch zu einem stetigen Anwachsen der Follower sowie der Interaktionen.

Seit August 2020 ist Watch Indonesia! auch auf **Twitter** vertreten. Die Anzahl der Follower wuchs auch 2022 kontinuierlich an.

## Beantwortung von Anfragen

Durchschnittlich wandten sich im Jahr 2022 pro Monat ca. fünf Personen und Organisationen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen an uns. Gefragt wurde vor allem nach Fachauskünften, Analysen und Hintergrundinformationen. Beratung, Vernetzung, Kollaborationsanfragen und fachlicher Austausch kamen an zweiter Stelle.



# Querschnittsthemen

## Geschlechterinklusion und Nachhaltigkeit

Watch Indonesia! versteht sich als offene familienfreundliche Organisation, die ihren Mitarbeiter:innen größtmögliche Flexibilität ermöglicht. Dies wird durch flexible Arbeitszeiten, die Möglichkeit der Arbeit im Home Office sowie ein kollegiales tolerantes Arbeitsklima gewährleistet. Im Team der Hauptamtlichen waren 2022 zwei Frauen und zwei Männer beschäftigt. Allerdings war der Vorstand von Watch Indonesia! 2022 ungewöhnlicherweise durch vier Männer und zwei Frauen vertreten. Für 2023 möchten wir dies ändern und eine Geschlechterparität herstellen. Über Chancengleichheit und Geschlechterrepräsentation diskutieren wir sowohl mit unseren Partnerorganisationen als auch innerhalb des Teams von Watch Indonesia! e.V. regelmäßig. Daraus resultierend erfolgt eine weitestgehend geschlechterparitätische Besetzung der von uns durchgeführten Veranstaltungen und Projekte.

Weiterhin ist uns wichtig, Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Individuen in und aus Indonesien, die bislang keinen oder wenig Zugang zu internationalen Zusammenhängen hatten und auf lokaler Ebene arbeiten, den Zugang zu erleichtern. Unter dem Gesichtspunkt der Zugänglichkeit wie auch der Reduzierung von sozialen Partizipationshürden legen wir Wert auf die Bereitstellung von Übersetzungen oder Dolmetschleistungen sowie auf eine offene Organisationskultur. Bei der Wahl unserer Veranstaltungsorte achten wir darauf, dass sie barrierefrei oder mindestens barrierearm zugänglich sind. Im Rahmen des durch die Gesundheitskrise erfolgten Digitalisierungsschubs, stellt die Gestaltung digitaler Barrierefreiheit ein wichtiges Entwicklungsthema für Watch Indonesia! dar.

Themen der Geschlechter(un)gerechtigkeit, Frauen- und Kinderrechte sowie LGBTIQ-Rechte und die Toleranz bzw. Intoleranz gegenüber marginalisierten Bevölkerungsgruppen jeglicher Art sind grundlegender Bestandteil unserer inhaltlichen Arbeit.

Watch Indonesia! setzt sich inhaltlich mit dem Thema der Nachhaltigkeit intensiv auseinander. Dabei legen wir im Berichtsjahr das inhaltliche Augenmerk auf urbane Transformation, Zementproduktion und Ressourcengewinnung sowie Infrastrukturprojekte.

Organisatorisch und strukturell legt Watch Indonesia! großen Wert auf den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen (z.B. Verwendung von Recycling-Papier; Ökostrom, vegetarische Verpflegung bei Veranstaltungen; Dienstreisen mit der Bahn und öffentlichen Nahverkehr statt Flugzeug oder Auto (wenn möglich)).

## Wem wir danken

Das ehrenamtliche Engagement einiger Mitglieder und Einzelpersonen hat sehr dazu beigetragen, dass wir auch in diesem Jahr, wichtige Inhalte und Themen weiter voranbringen konnten.

In finanzieller Hinsicht wurde Watch Indonesia! im Jahr 2022 von Misereor und der Evangelischen Kirche im Rheinland institutionell gefördert.

Unterstützung für die Projektdurchführungen erhielten wir von der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit/Stiftung Nord-Süd-Brücken, Brot für die Welt und der Stiftung Umverteilen sowie von Engagement Global (insbes. FEB - Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung).

Zusätzlich unterstützten zahlreiche, teilweise sehr großzügige Einzelspender:innen unsere Arbeit. Ihnen und Euch allen sprechen wir unseren herzlichen Dank aus!